Nr. 603 ◆ 37. Jahrgang
Ausgabe B Nr. 164

Bezugspreis:
Vierteljährl. 30,— M., monatl. 10,— M. frei ins Haus, voraus zahlbar. Poſtbezug: Monatlich 10,— M. exkl. Zuſtellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutſchland und Oeſterreich 18,50 M., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zuſtellung 21,50 M. Poſtbeſtellungen nehmen an Oeſterreich, Ungarn, Tſchecho-Slowakei, Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. — Eingetragen in die Poſt-Zeitungs-Preisliſte.
Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit“ erſcheint wochentäglich zweimal, Sonntags und Montags einmal.

Telegramm-Adreſſe:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Abend-Ausgabe

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der ſozialdemokratiſchen Partei Deutſchlands

20 Pfennig

Anzeigenpreis:
Die achtgeſpaltene Kolonelzeile koſtet 5,— M., Teuerungszuſchlag 50%. „Kleine Anzeigen“, das fettgedruckte Wort 1,— M. (zuläſſig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 60 Pfg. Stellengeſuche und Schlafſtellenanzeigen das erſte Wort 60 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchſtaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuſchlag 50%. Familien-Anzeigen für Abonnenten Zeile 2,— M., politiſche und gewerkſchaftliche Vereins-Anzeigen 2,— M. die Zeile ohne Aufſchlag. Anzeigen für die nächſte Nummer müſſen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeſchäft, Berlin SW. 68, Lindenſtraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenſtr. 3.
Fernſprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Donnerstag, den 9. Dezember 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenſtr. 3
Fernſprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

In ernſter Stunde.

In der heutigen Reichstagsſitzung, die um 2 Uhr nachmittags beginnt, wird es zu einer Debatte über die Forderungen der Beamten kommen, der ſich eine Abſtimmung zweiter Leſung über die dazu geſtellten Anträge anſchließen ſoll. Die Grundlage bildet ein Regierungsentwurf, der den Teuerungszuſchlag zu den Kinderzuſchlägen mit Wirkung vom 1. Oktober 1920 von 50 v. H. auf 125 v. H. in der Ortsklaſſe A, 100 v. H. in der Ortsklaſſe B, 75 v. H. in der Ortsklaſſe C erhöht. Die jährliche Mehrausgabe, die dem Reiche daraus erwächſt, wird auf 408 Millionen Mark veranſchlagt.

Der Hauptausſchuß hat dieſe Vorlage dahin abgeändert, daß in der Ortsklaſſe C 100 v. H. gewährt werden und in den Ortsklaſſen D und E 75 v. H. Außerdem ſollen die außerplanmäßigen Beamten ſtatt der bisherigen 80 v. H. des Ortszuſchlags 100 v. H. beziehen.

Hierzu liegen nun Anträge der Deutſchnationalen, der Unabhängigen und der Sozialdemokraten vor. Der deutſchnationale Antrag will die Teuerungszulagen allgemein von 50 auf 60 v. H. erhöhen. Die Unabhängigen wollen die Teuerungszulage für alle Reichsbeamten auf 10 000 Mk. feſtſetzen und die Kinderzuſchläge neu einheitlich regeln. Der ſozialdemokratiſche Antrag ſchließlich beſagt:

Der Teuerungszuſchlag zum Grundgehalt und Ortszuſchlag wird mit Wirkung vom 1. Oktober ab bei Grundgehältern bis 8100 M. auf 60 v. H. feſtgeſetzt. Härten ſind auszugleichen.

Praktiſch kommen nur die Anträge der Deutſchnationalen und der Sozialdemokratie in Betracht als ſolche, die eine Mehrheit auf ſich vereinigen können. Der Unterſchied zwiſchen den beiden beſteht darin, daß der ſozialdemokratiſche Antrag nur die Notlage der am ſchlechteſten geſtellten Beamten berückſichtigt, während der deutſchnationale Antrag die Erhöhung des Teuerungszuſchlags auch für die beſſergeſtellten Beamten fordert.

Der Antrag der Deutſchnationalen iſt alſo der in ſeinen finanziellen Wirkungen weitergehendere. Die Regierung lehnt ihn mit aller Entſchiedenheit ab, ſie erklärt, die Verantwortung für ſeine Ausführung nicht auf ſich nehmen zu können, ſondern lieber zurücktreten zu wollen. Kaum weniger heftig iſt, wenigſtens vorläufig, ihr Widerſtand gegen den ſozialdemokratiſchen Antrag, obwohl von dieſem doch zugegeben iſt, daß er nur die wirkliche Not berückſichtigt und in ſeinen finanziellen Wirkungen nicht ſo tief greift wie der deutſchnationale.

Die Situation iſt alſo ſo, daß die Annahme des deutſchnationalen Antrags mit Beſtimmtheit, möglicherweiſe aber auch ſchon die Annahme des ſozialdemokratiſchen Antrags den Rücktritt der Regierung nach ſich zieht. Wir würden dann vor einer Regierungskriſe von unüberſehbarer Schwierigkeit ſtehen, da niemand ſichtbar wäre, der die Erbſchaft des Kabinetts Fehrenbach antreten wollte.

Eine Vereinigung der Koalitionsparteien mit den Deutſchnationalen würde unmöglicher denn je ſein in dem Augenblick, in dem die Deutſchnationalen die Regierung der gegenwärtigen Koalition geſtürzt hätten. Daß aber die Mehrheit, die ſich heute auf den deutſchnationalen oder auf den ſozialdemokratiſchen Antrag vereinigen könnte, nicht imſtande iſt, die Regierung zu übernehmen, braucht nicht näher ausgeführt werden: ſie würde aus Deutſchnationalen, Sozialdemokraten, Unabhängigen und Kommuniſten beſtehen.

Angeſichts dieſer Schwierigkeiten iſt es nicht ausgeſchloſſen, daß die verhängnisdrohenden Abſtimmungen zweiter Leſung heute noch ausgeſetzt werden, um der Regierung und den Parteien Zeit zu Verhandlungen zu laſſen. Aber auch wenn die Abſtimmungen zweiter Leſung heute vorgenommen werden, bleibt bis zur dritten Leſung immer noch die Möglichkeit, einen Ausgleich der Gegenſätze zu ſuchen. Die ſozialdemokratiſche Reichstagsfraktion wird inzwiſchen fortfahren in ihrem Bemühen, für die notleidenden Beamten herauszuholen, was angeſichts der kataſtrophalen Finanzlage überhaupt noch herauszuholen iſt.

•

Kein Zweifel: Wir befinden uns in einer ſehr ernſten Lage. Wenn nicht heute im Reichstage eine Einigung unter den Parteien und mit der Regierung ermöglicht wird, und wenn ſich dann die Beamtenorganiſationen nicht dieſer Einigung anſchließen, dann ſteht eine ſchwere Erſchütterung des Volkslebens unmittelbar bevor. Ein Generalſtreik der Verkehrsbeamten konnte zur Abwehr eines Putſches gute Dienſte leiſten, weil er von der Zuſtimmung breiteſter Volksmaſſen getragen war und, was in der Natur ſeines Zweckes lag, nur kurze Zeit währen brauchte. Ein ſolcher Generalſtreik, wiederholt, um wirtſchaftliche Forderungen durchzuſetzen, würde jedoch das geſamte Wirtſchaftsleben und damit auch Millionen von Arbeitern und Angeſtellten in privater Stellung hart treffen. Darüber müſſen alle Beteiligten ſich völlig klar werden, bevor es zum Aeußerſten kommt. Ein Generalſtreik der Poſt- und Eiſenbahnangeſtellten würde tatſächlich mehr als eine Regierungskriſe hervorrufen, von der man jetzt ſchon ſpricht, er würde die Erſchütterung des ganzen deutſchen Wirtſchaftsbaues bedeuten.

Der Reichstag, der heute zuſammentritt, um die Beamtenfrage einer Löſung entgegenzuführen, ſteht zwiſchen zwei furchtbaren Tatſachen: Auf der einen Seite iſt die gähnende Leere im Reichsſäckel, iſt die völlige Verelendung unſerer Valuta und ein immer höher anſchwellender Berg von Papierſcheinen. Auf der anderen Seite ſteht die tatſächliche Verelendung Hunderttauſender von Beamtenfamilien, die früher vor den Arbeitern eine verhältnismäßig ſichere Exiſtenz und die Penſionsberechtigung voraus hatten, heute aber ſozial ſehr weſentlich zurückgekommen ſind.

Seit Monaten wird die Regierung und das Parlament von der Beamtenſchaft beſtürmt, ſeit Monaten laufen täglich Zuſchriften bei uns ein aus allen Gegenden Deutſchlands, aus allen Schichten des Beamtentums: Aus jeder dieſer Zuſchriften klingt das böſe Lied von der harten Not wieder, in der ſich die Beamtenſchaft befindet, oder in die ſie hinabzugleiten droht. Einen Teil dieſer Zuſchriften haben wir veröffentlicht. Für alle fehlte uns der Raum. Aber die ſchönſten und gelehrteſten Auseinanderſetzungen können nicht beweiſen, was einzelne Tatſachen erhärten. Aus einem Berliner Poſtamt wird uns von einem Mitglied unſerer Partei eine Darlegung übermittelt, in der es heißt:

Kann ein Poſtbote, der im Frieden 85 bis 95 M. pro Monat erhielt, bei den heutigen Verhältniſſen mit 811,90 M., wovon er nur 693 M. ausbezahlt bekommt, leben? Nachſtehend einen Gehaltszettel eines ledigen Poſtboten vom 1. 12. 20:

Diäten:		
Ausgleichszuwendung . . .	811,90 M.	
ab Steuern		69,— M.
Krankenkaſſe		13,— „
Kleiderkaſſe		1,20 „
dazu Märzvorſchuß		35,— „
		118,20 M.

811,90 M.
ab 118,20 M.
693,70 M.

Ein verheirateter Kollege mit Kind
erhält den Monat . . . . 947,07 M.
abzüglich 122,20 M.
824,87 M.

Aus allem dieſem zeigt ſich, daß das Gehalt nicht entfernt den Lebensbedürfniſſen entſpricht.

Die Reichsgewerkſchaft Deutſcher Eiſenbahnbeamten und -anwärter hat den Mitgliedern des Reichstags eine Aufſtellung zugehen laſſen, in der darauf hingewieſen wird, daß von insgeſamt 378 000 Eiſenbahnbeamten nicht weniger als 277 000, das ſind rund 75 Proz., unter dem amtlich errechneten Exiſtenzminimum (für Groß-Berlin 16 500 M. für ein Ehepaar mit zwei Kindern) bleiben. Aehnlich liegen die Dinge bei den übrigen Verwaltungen.

Angeſichts deſſen wird weder Regierung noch Reichstag der Zwangslage ausweichen können. Wir wünſchen, daß ernſtere Erſchütterungen vermieden werden. Aber wir wünſchen keineswegs, daß die Reichsfinanzen vollkommen ausgepumpt werden. Im Gegenteil: Die bürgerlichen Parteien, die im Begriffe ſind, das Reichsnotopfer zu verſchleppen, die jeden Eingriff in den Beſitz ſcheuen, wie das Kind das Feuer, müſſen genötigt werden, endlich mit der Heranziehung des Beſitzes ernſt zu machen. Es geht nicht an, daß das Reich ſeine Arbeiter und Beamten darben läßt, während die Produkte der Landwirtſchaft wahnſinnig im Preiſe ſteigen und in den Kabaretts und Dielen der Großſtadt der Sekt in Strömen fließt. Man muß durchgreifen, ſo oder ſo . . .!

Die neue Gruppeneinteilung.

Der Hauptausſchuß des Reichstages behandelte Donnerstag die bereits im Beſoldungsunterausſchuß vorberatene Abänderung des Beſoldungsgeſetzes vom 30. April 1920. Im allgemeinen wurde die durch den Unterausſchuß gegebene Faſſung des Geſetzentwurfes beibehalten und nach den einzelnen Vorſchlägen vom Unterausſchuß die Einteilung der Beamten in Beſoldungsgruppen genehmigt.

Verſchärfung der Stimmung.

Nach einer Eſſener Meldung der „Dena“ beginnt im rheiniſch-weſtfäliſchen Induſtriegebiet die Beamtenkriſe ſich zu verſchärfen. Poſt- und Telegraphenbeamte wie auch die Eiſenbahn- und Polizeibeamten geben in Verſammlungen Schilderungen ihrer Notlage und fordern in Entſchließungen von der Regierung die unverzügliche Auszahlung der ihnen zuſtehenden Vorſchüſſe.

Alles konzentriert ſich.

Von S. Neſtriepke.

Vor dem Kriege ging einmal ein inſtruktiver Ar des Genoſſen Adolf Braun durch die Preſſe, der die Ueberſchrift trug: „Alles organiſiert ſich.“ Mit beredten Worten ſchilderte er, wie auf allen Gebieten das individuelle Streben und Handeln abgelöſt wurde durch kollektives Vorgehen, wie überall die Tendenz zur Organiſation ſich durchſetzte, bei Unternehmern, Arbeitern, Beamten, zur Wahrnehmung wirtſchaftlicher Intereſſen und zur Verfolgung ideeller Ziele.

Heute hat die Entwicklung bereits über die bloße Organiſation der Intereſſentengruppen hinausgeführt zur Konzentration, zur Zuſammenfaſſung der vielen zerſplitterten Organiſationen zu wenigeren, aber um ſo gewaltigeren Machtkörpern. Die Bewegung iſt nicht erſt ſeit geſtern da, ſie begann bereits in der Vorkriegszeit; aber niemals vorher nahm ſie ſo mächtige Dimenſionen an, wie ſeit der Revolution. Galt vor dem Kriege mit Recht das Wort: „Alles organiſiert ſich,“ ſo iſt für unſere Tage das andere charakteriſtiſch: „Alles konzentriert ſich.“

Die Zeitungen ſind voll von den Vertruſtungsbeſtrebungen in der Induſtrie. Der Zuſammenſchluß in lockeren Kartellen iſt abgelöſt durch eine unaufhaltſame, in raſendem Tempo vor ſich gehende feſte Zuſammenballung der Großunternehmungen zu einheitlichen, unter zentraler Leitung ſtehenden Wirtſchaftskörpern, den induſtriellen Herzogtümern der Stinnes, Klöckner, Thyſſen uſw. Neben dieſer Entwicklung ſteht die Konzentrationsbewegung innerhalb der Vereinigungen zur Wahrnehmung der Unternehmerintereſſen gegenüber Geſetzgebung und Arbeiterſchaft. Schon vor längerer Zeit vereinigten ſich der Zentralverband deutſcher Induſtrieller mit dem Bund der Induſtriellen, nachdem ſich jahrelang die beiden Organiſationen, die eine als Intereſſenvertretung vornehmlich der Schwerinduſtrie, die andere als ſolche der weiterverarbeitenden Induſtrie, in einer gewiſſen Gegenſätzlichkeit gegenübergeſtanden hatten. Vor kurzem begrüßte die reaktionäre Preſſe die Verſchmelzung des Bundes der Landwirte mit dem unter der Einwirkung der Revolution entſtandenen Landbund. Früher bereits ging aus den beiden mächtigen Zentren der Arbeitgebervereinigungen, der „Hauptſtelle“ und der „Vereinigung deutſcher Arbeitgeberverbände“ eine Einheitsorganiſation hervor. Neuerdings iſt ihr ein Zuſammenſchluß aller Streikverſicherungskaſſen gefolgt. Die vom Hanſabund ausgehenden Beſtrebungen, alle überhaupt beſtehenden Vereinigungen von Unternehmern in Induſtrie, Handel und Landwirtſchaft zuſammenzufaſſen zu einer beherrſchenden „Gewerkſchaft der Unternehmer“, ſind zwar noch nicht zum Abſchluß gelangt. Aber iſt es nicht ſchon bezeichnend, daß ſie überhaupt da ſind? Werden ſie nicht über kurz oder lang doch noch das gewünſchte Reſultat zeitigen?

Auch in der Gewerkſchaftsbewegung hat eine Konzentrationsbewegung eingeſetzt, ſtärker als je zuvor. Schon vor Jahrzehnten kam es wiederholt vor, daß kleinere Gewerkſchaften von den größeren aufgeſogen wurden. Aber nie gingen die Zuſammenſchlüſſe ſo zahlreich und ſo raſch vor ſich, wie ſeit dem Kriege. Am deutlichſten treten ſie bei den Angeſtelltenorganiſationen zutage. Aus dem Zentralverband der Handlungsgehilfen, dem Verband der Bureauangeſtellten und dem Verband der Verſicherungsbeamten erwuchs die ſeitdem beherrſchende Angeſtelltengewerkſchaft, der Zentralverband der Angeſtellten; Bund der techniſchen Angeſtellten, Technikerverband, Steigerverband und Verband der Kunſtgewerbezeichner vereinigten ſich zu der anderen führenden Organiſation der Angeſtelltenbewegung, dem Bund der techniſchen Angeſtellten und Beamten. Dieſen Fuſionen, denen ein Dutzend anderer, weniger wichtiger zur Seite geſtellt werden kann, folgte in dieſen Wochen eine umfaſſende Vereinigung im Lager der rückſtändigen Angeſtelltenorganiſationen: hier beſchloſſen der Leipziger Verband der Handlungsgehilfen, der Kaufmänniſche Verein von 1858, der Deutſche Angeſtelltenbund — ſelbſt ſchon hervorgegangen aus einer Fuſion zweier anſehnlicher, bis zur Revolution ſelbſtändiger Vereine — der Verein der deutſchen Kaufleute und der kleinere Breslauer Handlungsgehilfenverein ihre endgültige Verſchmelzung.

Neben ſolchen Fuſionierungen ſteht die Tendenz, die ſelbſtändigen zentralen Großverbände föderativ enger als zuvor zu vereinigen: Der Zuſammenfaſſung der freigewerkſchaftlichen Arbeiterorganiſationen durch die Generalkommiſſion folgte die feſtere Verbindung im Allgemeinen Deutſchen Gewerkſchaftsbund; neben ihn trat als Spitzenorganiſation der freigewerkſchaftlichen Angeſtelltenverbände die „Afa“ und als Vereinigung der fortſchrittlichen Beamtenvereine der Deutſche Beamtenbund; vielleicht nicht lange mehr, und eine eigene Rahmenorganiſation wird dieſe drei Zweige der freigewerkſchaftlichen Bewegung noch enger miteinander in Verbindung bringen. Im „Deutſchen Gewerkſchaftsbund“ entſtand bereits eine ſolche Rahmenorganiſation für die chriſtliche Gewerkſchaftsbewegung, neben dem Geſamtverband der chriſtlichen Gewerkvereine den Geſamtverband der chriſtlich-nationalen Angeſtelltenverbände und den Geſamtverband der chriſtlichen Staatsarbeiter- und Beamtenorganiſationen umfaſſend, entſtand der „Gewerkſchaftsring", der den Verband der Hirſch-Dunckerſchen Gewerkvereine mit den gleichgerichteten Angeſtelltenverbänden zuſammenſchließt.

Vielleicht am wenigſten macht ſich die Konzentrationstendenz noch auf politiſchem Gebiet bemerkbar. Innerhalb der politiſchen Arbeiterbewegung brachten die letzten Jahre ſogar eine fortgeſetzte neue Zerſplitterung. Indeſſen deuten manche Anſätze doch auch hier darauf hin, daß ein Streben nach Zuſammenfaſſung der Organiſationen mit Erfolg wirkſam werden wird. Neukommuniſten und Altkommuniſten vollzogen eben ihre Vereinigung. Wichtiger aber ſind wohl die Beſtrebungen, die bürgerlichen Parteien zu vereinheitlichen. Augenſcheinlich drängen innerhalb der Deutſchen Volkspartei gewiſſe einflußreiche Kräfte auf ein engeres Zuſammenwirken mit den Deutſchnationalen. Andererſeits ſind innerhalb der Deutſchen Demokratiſchen Partei Bemühungen bemerkbar, dieſe Partei mit der Deutſchen Volkspartei in beſſere Verbindung zu bringen. In Schleswig-Holſtein haben ſie ſchon Erfolg gehabt. Und eine Erklärung des demokratiſchen Parteiausſchuſſes, die kürzlich erſchien, bewies ihnen eine Sympathie, die alle Beachtung verdient. Endlich muß auch hingewieſen werden auf jene Rede, die der Zentrumsmann Stegerwald auf dem letzten Kongreß der chriſtlichen Gewerkſchaften hielt. Er trat ein für eine Zuſammenfaſſung aller auf chriſtlichem, nationalem, demokratiſchem und ſozialem Boden ſtehenden Kräfte. Man hat dieſe Rede vielfach gedeutet als das Signal zur Gründung einer neuen Partei mit den chriſtlichen Gewerkſchaften als Kern und Kriſtalliſationspunkt. Wahrſcheinlicher aber iſt ſie aufzufaſſen als ein Vorſtoß zu dem Zweck, die Grenzen der heutigen Zentrumspartei zu weiten, ihre Organiſation aufzuſchließen, um breitere Maſſen, die heute noch in anderen Lagern ſtehen, aufzunehmen.

Mag immer bei dieſen mannigfachen, ſich teilweiſe kreuzenden Beſtrebungen herauskommen, was will. Sie dürfen nicht unbeachtet bleiben und ſie ſollten der Arbeiterſchaft Warnung und Mahnung ſein. Wenn irgendwo, ſo iſt in der politiſchen Arbeiterbewegung eine Konzentration, eine Vereinheitlichung nötig. Nicht nur zur Paralyſierung der Konzentrationsbeſtrebungen innerhalb der bürgerlichen Parteien, ſondern auch zur Abwehr der ſich immer mehr konzentrierenden reaktionären Beſtrebungen außerhalb der Parlamente, der konterrevolutionären Verſchwörungen und Organiſationen.

Im Kreiſe derjenigen, die da meinen, mit den Methoden des Bolſchewismus, mit den Mitteln der Gewalt und der Minderheitsdiktatur der Reaktion Herr werden und den Sozialismus erkämpfen zu können, hat die Zuſammenfaſſung eingeſetzt. Zwiſchen ihnen und uns, die wir die Methoden des Bolſchewismus ablehnen, weil wir in ihnen nur eine Unterſtützung der reaktionären Beſtrebungen ſehen, die wir nur einen Weg ſehen, dem Sozialismus zum Siege zu verhelfen, nämlich den Weg des entſchloſſenen Kampfes auf dem Boden und mit den Mitteln der Demokratie, muß ein ſcharfer Trennungsſtrich gezogen werden. Um ſo nötiger aber iſt es, daß auch alle diejenigen Kräfte ſich konzentrieren, die den Kampf für die proletariſchen Intereſſen durchkämpfen wollen unter Anerkennung des demokratiſchen Prinzips.

Es kann uns nichts daran liegen, um die Gunſt derjenigen zu werben, die innerhalb der alten U.S.P. ſo willig den bolſchewiſtiſchen Heilslehren Konzeſſionen machten, ſo leicht bereit waren, ihnen zum mindeſten Stücke ihrer demokratiſchen Ueberzeugung zum Opfer zu bringen — aus törichter Angſt heraus, ſonſt den „Anſchluß" an gewiſſe verhetzte und verblendete Teile der Arbeiterſchaft zu verlieren; die ſelbſt heute, nachdem ihnen trotz aller Konzeſſionen der kommuniſtiſche Flügel der Partei davongegangen iſt, noch nicht die Kraft aufbringen können, ſich wieder völlig auf den Boden der Demokratie zu ſtellen. Aber unſere Partei hat die Pflicht, all jenen, die nun noch im unabhängigen Lager ſtehen, nachdrücklicher denn je zu zeigen, wie notwendig es iſt, daß eine geſchloſſene ſtarke Front hergeſtellt wird, die unter Ablehnung aller Diktaturpropaganda den Kampf zu führen gewillt iſt gegen die Reaktion und für den Sozialismus. Mögen verſchiedene Auffaſſungen über einzelne Fragen der Taktik bleiben: Es geht ums Ganze und die Einigkeit der vernünftigen Teile der Arbeiterſchaft iſt nötiger denn je!

Alles konzentriert ſich. Und beſonders auf der Seite der Gegner der Arbeiterbewegung. Laſſen wir uns nicht ins Hintertreffen drängen! Sammeln auch wir die Kräfte! Konzentrieren auch wir uns, die wir in der Politik den Kampf für die Intereſſen der Arbeiter zu führen haben! Zu einer einigen mächtigen Partei, deren Loſung es iſt: Demokratie und Sozialismus!

Der Putſch ohne Führer.

Aus Leipzig meldet WTB.:

In der Strafſache gegen den Generallandſchaftsdirektor Kapp aus Königsberg in Preußen und Genoſſen wegen gemeinſchaftlichen Hochverrats hat das Reichsgericht, 1. Straf-Senat, in nichtöffentlicher Sitzung vom 28. November 1920 teils auf Anträge von ſeiten der Angeſchuldigten, teils von Amtswegen nach Aeußerungen des Oberreichsanwalts beſchloſſen:

Das Verfahren gegen die Angeſchuldigten 1. Geh. Regierungsrat Dr. Doyé aus Berlin, 2. Sächſiſchen Oberfinanzrat Dr. Bang aus Dresden wird gemäß §§ 1 und 2 des Geſetzes vom 4. Auguſt 1920 eingeſtellt, und die Beſchlagnahme des Vermögens des Angeſchuldigten Doyé (Beſchluß vom 25. März 1920) wird aufgehoben (§§ 480 und 325 der Strafprozeßordnung), da nach den Ergebniſſen der Vorunterſuchung bei dieſen Angeſchuldigten die Vorausſetzung der Straffreiheit gegeben erſcheint.

Aus der Rechtſprechung des Reichsgerichts wiſſen wir nun ſchon hinlänglich, daß der Kapp-Putſch keine Führer gehabt hat und alle, die daran teilgenommen haben, nur Geführte geweſen ſind. Wir ſind geſpannt, wann das Reichsgericht das Verfahren gegen Kapp, Lüttwitz und Ehrhardt einſtellen wird, die doch natürlich auch keine Führer waren!

Im Inland hat die Rechtſprechung des höchſten Gerichts keinen Kredit mehr zu verlieren. Alle vorurteilsfrei Denkenden ſind ſich darüber einig, daß ſich auch die Leipziger Reichsrichter von den Banden politiſcher Voreingenommenheit nicht frei machen können. Sehr bedenklich aber ſind die Folgen, die dieſe Art Rechtſprechung auf das Ausland haben wird. Wir erinnern daran, daß die Entente in Spa dem Reichsgericht das Vertrauen bezeugte, die Aburteilung der Kriegsverbrecher übernehmen zu können. Ob dies Vertrauen heute noch beſteht?

Waffenlager der Reaktion!

Halle, 9. Dezember. (Eigener Drahtbericht des „Vorwärts".) In der Nacht vom 6. zum 7. Dezember wurde auf dem Gute Treibiſch bei Naumburg a. S. ein geheimes Waffenlager ausgehoben. Es befand ſich in einem Felſenkeller in der Nähe der Rudelsburg, der ſonſt als Bierlagerraum benutzt wurde. Gefunden wurden 381 Gewehre, Modell 98, 6 Karabiner, 8 ſchwere M.-G., 10 leichte M.-G., Füllſchläuche und Waſſerkäſten, 9 Erſatzteile für Maſchinengewehre, 2 komplette leichte Minenwerfer, 2 Fahrzeuge, beſtehend aus Protze und Kaſtenwagen für M.-G., 5 Selbſtladepiſtolen, 40 000 Schuß Gewehrmunition, teils gegürtet, teils in Ladeſtreifen, und einige 100 Schuß Selbſtladepiſtolenmunition, gut gereinigt und eingefettet. Die Waffen wurden ſofort an Ort und Stelle unbrauchbar gemacht. Die aufgenommenen Ermittelungen haben bisher ergeben, daß das Waffenlager anſcheinend von den Rechtsparteien dort untergebracht wurde, denn der Gutspächter erklärte, daß der Kellerſchlüſſel ſich in den Händen des Oberſt a. D. von Schönberg befindet.

Sozialdemokratiſcher Parteiausſchuß.

Der Parteiausſchuß trat am 8. Dezember zu einer Sitzung zuſammen. Am erſten Tage nahm er Stellung zur

Regierungsbildung in Sachſen.

Er billigte das Verhalten des Parteivorſtandes, ſeine Auslegung des Beſchluſſes vom Kaſſeler Parteitag über den Eintritt von Sozialdemokraten in die Regierung in Bezug auf die Einzelſtaaten. Der Parteiausſchuß ſtellte ſich einſtimmig auf den Boden der Erklärung des Parteivorſtandes und ſeiner Begründung durch den Genoſſen Wels.

Die Wichtigkeit der Abſtimmung in Oberſchleſien wurde dargelegt und die Parteigenoſſen im ganzen Reiche verpflichtet, für eine rege Anteilnahme aller Parteigenoſſen und Genoſſinnen an der wichtigen Entſcheidung für das Deutſche Reich und das Proletariat einzutreten. Mit Genugtuung nahm der Parteiausſchuß Kenntnis von den Verhandlungen, die über die oberſchleſiſche Frage in London und unter Leitung des Genoſſen Huysmans zwiſchen der P.P.S. und unſerer Partei in Berlin ſtattgefunden haben.

Ueber die finanzpolitiſche Situation im Reiche wurde gründlich debattiert. Der Parteiausſchuß war eines Sinnes mit den Beſchlüſſen der Reichstagsfraktion, daß mit allem Nachdruck die

beſchleunigte Einziehung des Reichsnotopfers

erſtrebt und daß jede Unterhöhlung des Reichsnotopferentwurfs im Intereſſe ſteuerſcheuer Kapitaliſtenkreiſe verhindert werden müſſe.

Die Schaffung eines Korreſpondenzblattes des Parteivorſtandes und einer Umgeſtaltung der Parteikorreſpondenz wurde vom Parteiausſchuß begrüßt.

Es wurde beſchloſſen, die „Gleichheit" zukünftig zweimal im Monat, dafür in erweitertem Umfange, erſcheinen zu laſſen. Zahlreiche Beſtellungen auf die „Gleichheit" wurden von den Bezirksorganiſationen aufgegeben.

Am Donnerstag, den 9. Dezember, nahmen die preußiſchen Mitglieder des Parteiausſchuſſes gemeinſam mit dem Vorſtand der Landtagsfraktion und dem Parteivorſtand Stellung zu den

bevorſtehenden preußiſchen Landtagswahlen.

Die organiſatoriſchen und agitatoriſchen Vorbereitungen für die Wahlen wurden eingehend beſprochen. Die Herausgabe eines Wahlhandbuchs ſteht bevor. Die Zentralleitung der Wahl wurde dem Parteivorſtand übertragen; für die Aufſtellung der Landeskandidatenliſte wurde eine beſondere Kommiſſion gewählt.

Antirepublikaniſche Demokraten.

Aus München meldet TU.: In einer Vertreterverſammlung der Demokratiſchen Partei Münchens wurde der von Frankfurt a. M. ausgehende Antrag, die Demokratiſche Partei ſolle ſich zur republikaniſchen Staatsform bekennen, allgemein abgelehnt, weil die Frage „Republik oder Monarchie" keine Partei-, ſondern eine Ermeſſensfrage (!) ſei.

Dieſe Stellungnahme iſt ſymptomatiſch für das Rückgleiten der bürgerlichen Parteien, die ſich nach der Revolution auf den Boden der Republik geſtellt haben, in das reaktionäre Fahrwaſſer. Im Rechtsausſchuß der Preußiſchen Landesverſammlung hat bereits vor einiger Zeit der Zentrumsabgeordnete Dr. Oppenhoff erklärt, daß ſeine Partei keine grundſätzlich republikaniſche ſei, obwohl der Aufruf des Reichsausſchuſſes der Zentrumspartei vom 30. Dezember 1918 mit einem Bekenntnis zur Republik beginnt.

Die Deutſchdemokratiſche Partei hat ſich in ihrem Programm ausdrücklich auf den Boden der Weimarer Verfaſſung geſtellt, ſich zu ihrem Schutz bereit erklärt und zur Republik bekannt. Wörtlich heißt es in dem Programm der Deutſchdemokratiſchen Partei: „Die deutſche Republik muß ein Volksſtaat ſein." Es wäre intereſſant zu erfahren, ob die Münchener Demokraten überhaupt noch auf dem Boden ihres Parteiprogramms ſtehen. Nach der obigen Entſchließung iſt das nicht anzunehmen.

Wirklicher Frieden. Die Regierung der Republik Haiti hat für deutſche Reichsangehörige ſämtliche bislang noch beſtehenden polizeilichen Maßnahmen (Meldepflicht uſw.) aufgehoben.

Leſſingtheater: Amphitryo von Molière.

Schön iſt dieſer Weltſchwank der Götterlaune. Gott ſpielt mit dem Menſchen und der arme Gottesknecht darf nicht mucken. Er muß nur als Segen hinnehmen, was die Himmliſchen als Tändelei mit irdiſchen Schickſalen aushecken. So iſt der Menſch gebunden, ein elender Sklave, ein ſeufzender, ein jammernder Untertan. Und Molière verſpottet dieſe Tragik. Er lacht ihr ins Geſicht, während auf der Bühne all die Mächtigen, Hofleute und Schranzen ſitzen und ſich ſagen müſſen, daß ihnen hier ja ungeheure Freveleien ins Geſicht geſchleudert werden.

Und dann: welcher Geſang in den Molièreſchen Verſen, welch Mittel, den humoriſtiſchen Schauſpieler und den tragiſchen zugleich anzufeuern, daß er ſich mit der Liebeszartheit, mit der Liebesderbheit, mit der Soldatenprunkſucht und der übrigen Menſchheit auseinanderſetzt. Molière, der Lachende, der verſteckte Monarchenhechler, der in ſich ein Körnlein Tragik verbirgt. Und dieſes tragiſche Körnlein wird von Kleiſt aufgenommen, es zündet in ſein zerriſſenes Gemüt hinein, daß er die Rätſel des Frauengemüts bis in die dunkelſte Hölle verfolgt, um ſie ganz am Schluſſe erſt qualvoll aufzuheitern. Die geiſtige Verwandtſchaft zweier Genies arbeitet über die Jahrhunderte aus, es untergräbt den Franzoſen und den Deutſchen. Es bewirkt, daß eine Bruderſchaft entſteht, die eng zuſammenſchmiedet, was nach einer oberflächlichen Betrachtung ganz fremd einander ſcheint.

Das Leſſingtheater ſpielt den ſehr wenig klingend verdeutſchten Molière ganz als Offenbach. Es zerreißt hierdurch den Stil. Die Verſe, die in der Nachdichtung keine Muſik lieben, ſollen trotzdem geſungen werden. Selbſt die Klapphornverſe des Sozias, den Herr Roberts ſächſelnd und näſelnd in etwas zu niedrige Bezirke hinunterzog. Jupiter Herr Janſſen, Amphitryo Herr Loos, waren wieder zu ſchwer, ſie fanden nicht Süßigkeit, ſie beſitzen keine Kantilene. Widerſteht dies Romaniſche ihrer ernſteren Natur? Herr Janſſen kann ſehr anmutig ſein im Bürgerkleide. Den Panzer tragen und den Helmbuſch und trotzdem das Lächeln des Dichters verraten, das wäre ein Werk, an dem er arbeiten dürfte. Fräulein Reigbert iſt noch nicht Herrin ihrer Technik, um die Alkmene lieblich genug zu machen. Saftig, breit, pausbäckig agierte Frau Torning die Kammerfrau.

Die Regie ließ dekorative Halboperettenmuſik machen und ſie rückte das Spiel durch eine Brückentreppe ins Parkett. Das fördert die Gemütlichkeit und gute Laune, und es iſt trotzdem nicht Zirkus.

m. h.

Leonhard Frank: Die Urſache. (Roman. Inſelverlag Leipzig. Neue Auflage.) Das Buch iſt Tendenz durch und durch. Aber hier ſpricht Herzblut, erfüllungsſehnſüchtige Menſchheitsliebe. Es iſt ein Leitmotiv nur bei Frank: Der Menſch iſt gut. Variation: das Kind iſt gut, laßt das Kind gewähren. Und vor allem: ſchafft ihm, daß ſeine Erinnerung es nicht zerquäle, daß Zurückſetzung nicht Inſtinkte wecke, deren Ausleben nach Jahrzehnten noch das Geſicht zur Grimaſſe verzerrt. — Unter der Wucht der Erinnerung ſeeliſch zermürbt und zerſchliffen, krampft ſich Anton Seilers Hand um die Gurgel ſeines Schulpeinigers. Und dann wird er zum Tode verurteilt. Warum? Eben weil er gemordet hat. Was heißt das hier? Und nun folgt Franks Definition eines Urteils, der das Zeichen der Qual eines Wüſtenpredigers anhaftet. Das Kind iſt es, in deſſen Erleben die Urſachen des Handelns liegen. Unter der Bewußtſeinsſchwelle lagern die Erlebniſſe jahrelang und beeinfluſſen doch unbewußt das Handeln, werden groß, bis endlich der Hammer der letzten Urſache zerſchmetternd niederſauſt und als letztes Glied ſich formt: die Tat. Alſo: nur als Ausbruch des Geſamtwillens iſt die Tat des einzelnen aufzufaſſen. Dann aber iſt es unmöglich, daß der Geſamtwille ein Todesurteil ſpreche oder zulaſſe. Eins nur täte Not: die ſozialen Verhältniſſe, die Erzeuger von Rohheit und Verbrechen, zu beſeitigen, die Urſache zu beſeitigen, und das tun nicht Rohheit und Gewalt, ſondern Güte, die zur Güte der Menſchentiefe ihren Weg trotz allem findet.

Innerlich iſt die „Urſache" eine Fortſetzung der „Räuberbande" (Inſelverlag 1920). Die Verbindung liegt, trotz aller Myſtik, in der Idee: Wem es möglich iſt, mit Gemeinheit und Rohheit zu paktieren, und mit der Selbſtzufriedenheit Kompromiſſe zu ſchließen, der wird eher zu einem Tode als zu einem Leben kommen. Dieſer Tod iſt Symbol: Chriſtuserleben. Und Chriſtuserleben muß in der Welt ſein, Opfergang, Martyrweg für andere, damit Suchende auferſtehen, die neue Wege weiſen, Wege der Güte, der Gerechtigkeit.

Es liegt viel Zergrübeltheit über Franks Werken, beſonders über der „Urſache", und weckt ein ſeltſam tiefes Nachempfinden beim Leſer. Denn es ſind Menſchheitsfragen, die hier verhandelt werden. Darum werden dieſe „Tendenz"romane dauernden Wert behalten.

Dr. Radke-Bottrop.

Junge holländiſche Kunſt zeigt eine von der „Kornſcheuer" veranſtaltete Ausſtellung, die heute mittag in einigen Räumen des ehemaligen Kronprinzenpalais eröffnet wurde. Das Unternehmen iſt als „erſte ausländiſche Austauſch-Ausſtellung" gedacht, mit der korreſpondierend eine Schau junger deutſcher Kunſt in Holland ſtattfinden wird. Der ideelle und materielle Nutzen ſolcher Veranſtaltungen liegt auf der Hand, und es iſt dankbar zu begrüßen, daß der Direktor der Nationalgalerie allen zopfig-bureaukratiſchen Bedenken und etwaigen kapitaliſtiſch-kunſthändleriſchen Einwänden zum Trotz die Räume für die Ausſtellung zur Verfügung geſtellt hat.

Leider verbietet die Raumknappheit ein näheres Eingehen auf das Gebotene. Ich muß mich daher mit einem kurzen Reſümee begnügen. Im allgemeinen beweiſt das Bild, das wir hier von der neueſten holländiſchen Kunſt gewinnen, daß dort der Entwicklungsgang der gleiche iſt wie bei uns und in den anderen europäiſchen Ländern. Einerſeits ein Anklammern an nationale Tradition: dunkel-tonige Landſchaften, Stilleben und Figurenbilder von Filarski, Lau, Colnot, durchweg in temperamentvoll-geiſtreicher Mache und zum Teil ſehr delikat in farbigen Details, die wie Edelſteine aus der Tiefe leuchten. Andererſeits als Uebergang zu moderner, durchgeiſtigterer Auffaſſung Arbeiten von Schwarz (eine kernig-eindrucksvolle „Spaniſche Landſchaft" u. a.), Piet Wiegmann (ein großes farbenſchönes Stilleben), Schuhmacher („Mulattin" und eine Landſchaft ein wenig a la Chagall). Als Vertreter neueſter dekorativer Tendenzen vor allem die hochbegabte Elſa Berg, Kees van Dongen und Jacoba van Heemskerk. Dann auf dem Wege zur letzten Etappe der gegenſtandsloſen, „abſoluten" Malerei: Geſtel, van Doesburg und van der Leck. Die Meiſter monumentaler Linien- und Flächenkunſt Jan Toorop und Thorn Prikker (ſeit kurzem Lehrer der Glasmalerei an der Münchener Kunſtgewerbeſchule) ſind uns in Deutſchland ſeit langem bekannt. Neben einem ganz ſtarken Eigenen, Lodewijk Schelfhout, der ſelbſtſicher ſeinen Weg zu perſönlicher großzügiger Bildgeſtaltung geht, lernen wir ſchließlich in Jan Sluyters auch einen Allerweltsvirtuoſen kennen, der in vielen Sätteln gerecht iſt und dank ſeiner pikanten plakatartigen Effektſtücke zweifellos die Anwartſchaft auf breite Publikationserfolge beſitzt. Unter den Graphiken ſeien eine Kohlezeichnung „Leda mit dem Schwan" von Havermans und unter den wenigen Bildhauerarbeiten die ſuggeſtive Statuette „Vincent van Gogh" von Mendes da Coſta und die wuchtigen, formſtrengen „Drei Köpfe" von Hildo Krop beſonders hervorgehoben.

Ein Beſuch des Kronprinzenpalais iſt zurzeit übrigens nicht nur wegen der holländiſchen Ausſtellung zu empfehlen: im oberen Stockwerk iſt eine teilweiſe Neuanordnung des Beſtandes vorgenommen, die viele bekannte Kunſtwerke in einem vollkommen neuen Lichte zeigt. Die Umgruppierung kommt namentlich dem Relief von Barlach und Lehmbrucks großer Plaſtik „Knieende" zugute, von deren Eigenart und Schönheit man eigentlich erſt jetzt einen reſtloſen Eindruck gewinnt.

J. S.

Maſchinenſchreiben und Geſundheit. „Nicht eine einzige Maſchinenſchreiberin von 20 Jahren hat einen geraden Rücken." Dieſe Behauptung ſtellt ein engliſcher Arzt auf, der die Verhältniſſe in einem großen Geſchäftsbureau ſtudiert hat. „Die traurige Tatſache," fährt er fort, „kommt daher, daß die meiſten, die im Maſchinenſchreiben unterrichten, ihren Schülerinnen nur den Mechanismus zeigen, es aber verſäumen, die nötige Aufmerkſamkeit den körperlichen Forderungen zuzuwenden, die das Maſchinenſchreiben ſtellt. Die Maſchinenſchreiberin ſitzt meiſt viel zu hoch; ſie muß ſich deshalb vorbeugen und verdreht dabei ihren Körper in eine unnatürliche Stellung. Jeder Schüler ſollte über die beſte Art unterrichtet werden, wie er beim Maſchinenſchreiben zu ſitzen hat. Er muß ſo ſitzen, daß die Ellenbogen in gleicher Höhe mit der Taſtatur ſind. Die Knie ſind zuſammenzuhalten, die Füße ruhen ſicher auf dem Boden. Rücken, Schultern und Kopf müſſen gerade gehalten werden. Wenn jede Maſchinenſchreiberin dieſe Haltung einnähme, würde manches Unglück vermieden. Ich übertreibe nicht, wenn ich ſage, daß 60 Prozent aller Maſchinenſchreiberinnen an Rückenſchmerzen leiden oder ſich allmählich eine Rückgratverkrümmung zuziehen." Bei den männlichen Maſchinenſchreibern ſind dieſe Vorkommniſſe ſeltener.

Eine Irreführung.

Der „Lokal-Anzeiger" veröffentlicht in ſeiner heutigen Morgenausgabe eine Entſchließung, die der Aufſichtsrat der Deutſchen Werke in ſeiner Dienstagsſitzung angenommen haben ſoll. Wie wir von den Deutſchen Werken erfahren, iſt die Wiedergabe dieſer Entſchließung gerade in den weſentlichſten Punkten vollkommen unrichtig und irreführend. Der tatſächliche Wortlaut der Entſchließung wird noch veröffentlicht werden.

Amerika beglückwünſcht Argentinien.

Buenos Ayres, 9. Dezember. (TU.) Der Botſchafter der Vereinigten Staaten ſprach dem interimiſtiſchen Miniſter des Aeußern Argentiniens ſeine Glückwünſche zum Schritte der Argentiniſchen Kommiſſion in Genf aus und erklärte, daß die Vereinigten Staaten der gleichen Anſicht ſeien. Die Agentur Havas hat ſich zuſtändigenorts informiert, ob zwiſchen den beiden Ländern in dieſer Beziehung ein Abkommen beſtehe, und hat erfahren, daß dies nicht der Fall ſei. Es beſtehe vielmehr nur eine Uebereinſtimmung der Anſichten der beiden Staaten.

•

Aus Genf wird gemeldet, daß die argentiniſchen Delegierten vor ihrer Abreiſe angedeutet haben, daß wahrſcheinlich Amerika die von Argentinien verlangten Aenderungen als Bedingung ſeines eventuellen Eintritts in den Völkerbund durchſetzen wolle. Da nun Amerika offiziell Argentinien zu ſeiner Haltung beglückwünſcht hat, erſcheint das anfangs rätſelhafte Benehmen Argentiniens ziemlich aufgeklärt.

Einer Reuter-Meldung aus Waſhington zufolge hat Harding eine Reihe von Unterredungen mit ſeinen Beratern über die Völkerbundsfrage gehabt. Desgleichen fand ein Gedankenaustauſch über die Zuſammenſetzung des neuen Kabinetts ſtatt.

Kommiſſionsarbeiten in Genf.

Genf, 9. Dezember. (WTB.) Die erſte Kommiſſion beendete die Ausſprache über den Ernennungsmodus der vier nichtſtändigen Mitglieder des Rates. Ein chineſiſcher Antrag, drei Sitze den europäiſchen und den amerikaniſchen Nationen und einen Sitz Aſien und den anderen Erdteilen zuzugeſtehen, wurde angenommen. Die zweite Kommiſſion genehmigte den Entwurf betreffend die Budgets der verſchiedenen techniſchen Organiſationen. Die dritte Kommiſſion vertagte die artikelweiſe Beſprechung des Entwurfes über den ſtändigen Internationalen Gerichtshof auf Donnerstag. Die Unterkommiſſion der dritten Kommiſſion beriet über die von der Haager Juriſtenkonferenz ausgearbeiteten und vom Völkerbundsrat in Brüſſel abgeänderten Entwürfe.

Der Wiener Nuntius fährt nach Oberſchleſien

Rom, 9. Dezember. (Stefani.) Infolge der Bewegung, die unter der polniſchen Geiſtlichkeit im Zuſammenhang mit der Kundgebung des Fürſtbiſchofs Bertram an die Geiſtlichkeit entſtanden iſt, hat ſich der Vatikan entſchloſſen, nach Oberſchleſien den Wiener Geſchäftsträger des Heiligen Stuhls, Monſignore Ogno, zu entſenden. Ogno, der heute hier erwartet wird, wird nach Konferenzen mit dem Papſt und dem Kardinalſtaatsſekretär nach Oberſchleſien abreiſen und bis zum Abſchluß der Volksabſtimmung dort verbleiben.

Erſt verbündet — dann interniert.

Kopenhagen, 9. Dezember. (WTB.) Wie der „Berlingske Tidende" aus Warſchau telegraphiert wird, iſt die ukrainiſche Regierung unter Führung Petljuras geſtern in Kielce eingetroffen, wo ſie von den Polen bis auf weiteres interniert wurde. (Im Frühjahr dieſes Jahres hatte Petljura ein Abkommen mit Pilſudſki getroffen und gemeinſam gegen die Sowjets Krieg geführt. Die Red.)

Der ausſterbende Dachs. Zu denjenigen Tieren, die einſt in großer Zahl Deutſchlands Wälder bevölkerten, gehört der Dachs. Er iſt aber dadurch, daß er faſt überall abgeſchoſſen wird, wo er ſich zeigt, vom völligen Ausſterben nicht mehr weit entfernt. Der geringe Schaden, den das ſeltene Tier anrichtet, ſteht in gar keinem Verhältnis zu dem Verluſt, den ſeine Ausrottung für die Urwüchſigkeit der deutſchen Wälder mit ſich bringen würde. Deutſchland beſitzt faſt keine Reiherhorſte mehr, die Störche ſtehen auf dem Ausſterbeetat, die Wachtel droht in manchen Gegenden zu verſchwinden, der Uhu iſt eine Seltenheit geworden, die Trappe desgleichen, die Hirſchbeſtände gehen zurück, der Dachs ſtirbt aus! Wohin kommt es mit der deutſchen Landſchaft, wenn es auf dieſem Wege weitergeht! Wo ſich ein Adler zeigt, wird er rückſichtslos heruntergeknallt; ſogar Deutſchlands Küſten drohen zu veröden, wenn den Seevögeln weiterhin ſo der Garaus gemacht wird, wie es jetzt geſchieht. Die paar hundert Dachſe, die heute noch in Norddeutſchland vorhanden ſind, können überhaupt keinen nennenswerten Schaden anrichten.

Gottfried Kellers „Grüner Heinrich", das unſterbliche Meiſterwerk des Schweizer Dichters, das zu den großen Bekenntnis- und Erlebnisromanen der Weltliteratur gehört, wird von der Cottaſchen Buchhandlung ſoeben in einer würdigen zweibändigen Geſchenkausgabe herausgegeben. Kellers Werke werden im nächſten Jahre frei. Dieſe Ausgabe wird aber auch dann ſich behaupten, ſie bietet wortgetreu den kritiſch überprüften Text aus der Cottaſchen Jubiläumsausgabe. Der Ausſtattung und dem Papier iſt beſondere Sorgfalt zugewendet. Der wirkungsvolle Entwurf zum Einband ſtammt von Prof. Ernſt Schneidler.

Berliner Beethovenfeiern. Die Berliner Univerſität hält eine Gedenkfeier zum 150. Geburtstag Beethovens am Donnerstag, den 16., 12½ Uhr in ihrer neuen Aula ab. — Die Berliner Staatsoper wird das Beethoven-Jubiläum mit einer Aufführung des Fidelio am 15. und einem Konzert am 16. feiern.

Vorträge. In der Geſellſchaft für deutſche Vorgeſchichte ſpricht Sonnabend 6½ Uhr (Hörſaal 113 der Univerſität, Oſtflügel) Dr. Heß v. Wichdorf über „Kranias und Kurabecken" in Oſtpreußen und Prof. Koſſinna über den Namen Germanen. Gäſte willkommen.

Kunſtchronik. Im Graphiſchen Kabinett J. B. Neumann wird Sonntag 11 Uhr die Ausſtellung „Graphik aus fünf Jahrhunderten" durch eine Führung Dr. A. Behnes eröffnet. Werktags freier Eintritt von 9—1 und 3—6 Uhr. — Die Kunſtausſtellung Der Sturm zeigt in dieſem Monat Gemälde und Aquarelle von Paul Buſch und Johannes Molzahn.

Ein württembergiſches Landesamt für Denkmalpflege iſt ins Leben gerufen worden. Seine Aufgaben ſind im einzelnen: Inventariſierung und Konſervierung der Denkmäler der Kunſt und des Altertums, Ueberwachung der Ausgrabungen und Funde, Pflege der Naturdenkmale und Schutz der heimiſchen Landſchaft, Erſtattung von Gutachten, Durchführung der Geſetze und Verordnungen, Fürſorge für öffentliche Muſeen und Sammlungen, die nicht unter ſtaatlicher Verwaltung ſtehen, ſodann die grundſätzliche Pflege des Heimatſinnes.

Gegen die Not der deutſchen Wiſſenſchaft. Die Spitzenverbände des deutſchen Wirtſchaftslebens laſſen an ihre ſämtlichen Organiſationen einen Aufruf ergehen, durch Aufbringung von Geldmitteln der Not der Wiſſenſchaft abzuhelfen. Dieſe Mittel ſollen der Notgemeinſchaft der deutſchen Wiſſenſchaft zufließen, die Verwaltung der Mittel den Gebern und Nutznießern gemeinſam unterliegen.

Wirtſchaft

Der rote Dividendenkoller.

In Nr. 582 des „Vorwärts" hatten wir zu Ausführungen der „Deutſchen Zeitung" über den „roten" Dividendenkoller Stellung genommen. Die „D. Z." macht nun daraufhin das bekannte Rechenexempel auf, daß jemand, der eine Aktie zum Kurs von 500 kauft bei 20 Proz. Dividende nur eine Verzinſung von 4 Proz. erhält, und daß Beſitzer von Aktien nicht bloß Großkapitaliſten, ſondern auch kleine Kapitaliſten und Rentner ſind. Wenn Kleinkapitaliſten, d. h. Spargeldkapitaliſten, ſich Papiere kaufen, die Gegenſtand der Börſenſpekulation ſind, um bei einer höheren Dividende mal ein „gutes Eſſen" veranſtalten zu können, und ſie unruhige Nächte brauchen, die ihnen die Erwartung des morgigen Kursſtandes verurſacht, ſo iſt das ihr eigenſtes Privatvergnügen. Unſer Kampf gegen die hohen Dividenden richtet ſich gegen die Ausnutzung von Monopolſtellungen, die es geſtatten, die Geldentwertung einfach durch Steigerung der Dividenden auszugleichen. Wer ſein Geld auf der Sparkaſſe oder in feſtverzinslichen Anlagen hat, muß die durch die Privatmonopole verurſachte Geldentwertung voll auskoſten, hat für das in Gold eingezahlte Geld eine Verzinſung von 3 oder 4 Proz. in Papiergeld. Die geſamten hohen Dividenden ſind Konjunkturergebniſſe auf Koſten der Allgemeinheit, die nur einem ganz kleinen Teil des Volkes unverdient zufließen. Wir möchten die „D. Z." aber auch darauf hinweiſen, daß alle gemeinnützigen Inſtitute, die Sozialverſicherungen uſw., ihre Kapitalien in Renten angelegt haben, und die Sozialrentner eben die Leidtragenden ſind, während die kapitaliſtiſchen Kreiſe, die Beſitzer der Stamm- und Gründeraktien, die Rieſengewinne unverdient in die Taſche ſtecken. Auch der Nichtſozialiſt ſollte die ungeheure Ungerechtigkeit, die durch die kapitaliſtiſche Monopolwirtſchaft und die Geldentwertung zutage getreten iſt, anerkennen und zugeben, daß eine kräftige, ſehr kräftige Erfaſſung der Gewinne über die durchſchnittliche Kapitalverzinſung hinaus nichts als ein Ausgleich iſt, den das Volk zu fordern wohl berechtigt iſt. Wenn wir die Sozialiſierung fordern, ſo geſchieht es ja doch nur zur Beſeitigung der Machtpoſition des Kapitals, das auch in den Händen der Dümmſten, Faulſten und Charakterloſeſten die unerhört hohen Dividenden als arbeitsloſe Einkommen abwirft. Vielleicht bringt die „D. Z." auch dieſe Ausführungen ihren Leſern zur Kenntnis.

48 Proz. Dividende einer Zuckerfabrik. Die Zuckerfabrik Rheingau A.-G. in Worms erhöht ihre Dividende für 1919/20 trotz verdreifachter Abſchreibungen auf 48 Proz. gegen 5 Proz. im Vorjahre.

Groß-Berlin

Zur Oberbürgermeiſterwahl.

Die „Freiheit", wohl überzeugt davon, daß von einer geſchloſſenen ſozialiſtiſchen Front in den Stadtverordnetenverſammlungen nicht mehr geredet werden könne, nimmt zur Oberbürgermeiſterwahl Stellung. Das Blatt meint, die Neukommuniſten verſchlöſſen abſichtlich die Augen vor den Tatſachen, „daß auf eine ſolche unzuverläſſige Geſellſchaft, wie ſie es ſind, niemand bauen kann". Ein von der Unabhängigen Sozialdemokratiſchen Partei den Neukommuniſten gemachter Vorſchlag, eine Arbeits- und Intereſſengemeinſchaft zu bilden, ſei von der „Internationale" bekanntlich mit Anwürfen gegen ihre eigenen Genoſſen veröffentlicht worden.

Das unabhängige Blatt zieht aus dieſen Tatſachen jedoch nicht die logiſche Konſequenz, ſondern gibt ſich dem Glauben hin, als ob es doch noch gelingen könne, die ſozialiſtiſchen Parteien zu einer einheitlichen Stellungnahme für die Wahl eines ſozialiſtiſchen Oberbürgermeiſters zu bringen. Wir beneiden die „Freiheit" nach den Erfahrungen über die Haltung der Kommuniſten im Fall Wermuth geradezu um ihre Langmut. Für die ſozialdemokratiſche Fraktion beſteht völlige Klarheit, daß man auf Leute, deren Tätigkeit lediglich auf Agitations- und Stimmungsmache eingeſtellt iſt, nicht rechnen kann.

Wer einen ſelbſt gewählten Oberbürgermeiſter nach kurzer Zeit gegen reaktionäre Angriffe nicht einmal mit einer Vertrauenskundgebung ſchützt, hat aufgehört, ein zuverläſſiger Bundesgenoſſe zu ſein.

Dieſes wichtige Moment ſollte die „Freiheit" bei der Oberbürgermeiſterfrage nicht außer acht laſſen.

Die Beſetzung der Bezirksämter.

Die Bezirksämter werden je nach dem Grade ihres Tätigkeitsgebietes verſchieden ſtark mit Stadträten beſetzt ſein. Allgemein wird neben dem beſoldeten auch das unbeſoldete Element zur Geltung kommen. Der einzige Verwaltungsbezirk, deſſen Bezirksverſammlung die Anſtellung nur beſoldeter Bezirksſtadträte beſchloſſen hat, iſt der Bezirk 19 (Pankow-Niederſchönhauſen). Ob dieſer von der ſozialiſtiſchen Mehrheit gefaßte Beſchluß, dem Magiſtrat neun nur beſoldete Mitglieder vorzuſchlagen, Geltung bekommen wird, hängt von der Entſcheidung des Magiſtrats ab. Die Vorſchläge in den Berliner Bezirken ſchwanken zwiſchen 11 und 15, in den Vorortbezirken zwiſchen 9 und 15 Mitgliedern. Der Bezirk 1 (Berlin-Mitte) hat die Beſchlußfaſſung über die Zahl der Bezirksamtsmitglieder ausgeſetzt, bis feſtſteht, welche Aufgaben den Bezirken zugewieſen werden. Die zur Vorentſcheidung dieſer Frage eingeſetzte Deputation hat ſich dahin ſchlüſſig gemacht, für die ſechs Altberliner Bezirke eine Zahl von 13 Mitgliedern, 7 beſoldeten und 6 unbeſoldeten, als angemeſſen feſtzuſetzen. Auch die Bezirke 12 (Steglitz-Lichterfelde) und 17 (Lichtenberg-Friedrichsfelde) ſollen 13 Mitglieder erhalten. Dagegen ſoll der große Vorortbezirk 14 (Neukölln-Britz) 15 Bezirksſtadträte bekommen, von denen 9 beſoldet und 6 unbeſoldet ſein ſollen. Für die Bezirke 7 (Charlottenburg), 9 (Wilmersdorf) und 11 (Schöneberg) wurde vorläufig die Zahl von 13 Mitgliedern, 8 beſoldeten und 5 unbeſoldeten, für ausreichend angeſehen; doch dürfte dies zum mindeſten für Charlottenburg noch nicht das letzte Wort ſein, da Charlottenburg mit vollem Recht die gleiche Zahl wie Neukölln beanſpruchen kann.

Ein Schrecken der Geſchäftsleute

iſt ein Paketſchwindler, der ſchon ſeit langer Zeit zum Teil ganz beträchtliche Werte erbeutet. So erſchwindelte er ſich Pakete mit Pelzſachen, mit Schuhen, Strümpfen, Spitzen uſw., von denen das einzelne oft allein einen Wert von über 10 000 M. hat. Er beobachtet in Geſchäftsgegenden, ob ein Bote mit einem Paket ein Haus verläßt und folgt ihm unauffällig. Beſteigt dieſer einen Straßenbahnwagen, ſo ſteigt er nach und ſucht feſtzuſtellen, für wen das Paket beſtimmt iſt. Hat er die Adreſſe ausgekundſchaftet, ſo ſteigt er gewöhnlich eine Halteſtelle vorher aus und beeilt ſich, vor dem Boten an dem bezeichneten Hauſe zu ſein. Kommt dieſer dann an, ſo gibt er ſich ihm gegenüber als der Sohn des Empfängers aus, nimmt das Paket in Empfang und geht damit in das Haus hinein, um es mit dem Beuteſtück aber ſofort wieder zu verlaſſen, wenn der Bote außer Sichtweite iſt. Wenn der Schwindler aber den Empfänger des Paketes nicht auszukundſchaften vermag, ſo wendet er einen anderen Trick an. Er geht dem Burſchen nach, ſpricht ihn an und ſagt, daß er Bureauangeſtellter desſelben Geſchäftes ſei, bei dem er als Bote tätig ſei. Er habe nun den Auftrag, in einem Geſchäft in der Nähe eine Rechnung einzuziehen. Da er nun das letzte Mal dort „Krach" gehabt habe, wolle er nicht gern wieder hingehen. Er bittet ihn deshalb, für ihn das Geld zu erheben. Findet ſich nun der Bote dazu bereit, ſo läßt er ſich zur „Sicherheit" deſſen Paket aushändigen. Während nun der Bote vergeblich nach der Stelle ſucht, wo er die Rechnung kaſſieren ſoll, verſchwindet der Gauner mit dem Paket. Trotz des ziemlich plumpen Tricks iſt dieſem der Schwindel ſchon in mehr als hundert Fällen gelungen. Der bisher vergeblich Geſuchte iſt ein Menſch von etwa 25 Jahren, mittelgroß mit kurzgeſchnittenem, blonden Schnurrbart, der immer gutgekleidet iſt und bald einen dunklen, bald einen hellen Anzug und Paletot, ſowie gewöhnlich einen Plüſchhut trägt.

Geldſtrafe wegen Mehlmanko. Der Lichtenberger Unterausſchuß für Mehl- und Brotverſorgung beſchloß, dem Bäckermeiſter Wrafel, Hagenſtr. 30, wegen eines innerhalb von vier Monaten entſtandenen Mehlmankos von etwa 800 Kilogramm eine Geldſtrafe von 500 M. aufzuerlegen. Das Manko kann doch nur dadurch entſtanden ſein, daß W. entweder Mehl verkauft oder aber damit nichtrationierte Backware hergeſtellt hat. In dieſem Falle halten wir das Strafmaß für ſehr milde.

Wozu werden Belohnungen ausgeſetzt? Ein Berliner Parteigenoſſe hat im Mai d. J. die Verſchiebung von 400 000 Stück Infanteriegewehrpatronen nach Polen verhindert. Die Patronen wurden prompt beſchlagnahmt und liegen beim Reichswehrinfanterieregiment 105 in Potsdam. Die ausgeſetzte Belohnung erhält der Betreffende jedoch nicht, obwohl ihm die Vereitlung dieſer Schiebung etwa 500 M. Koſten verurſacht hat. Der Kriminalkommiſſar Bonnatz zahlte ihm einmal 200 M. mit dem Bemerken, die endgültige Regelung werde erfolgen. Sie erfolgte jedoch nicht. Vom Präſidium wurde der Mann an den Aſſeſſor Bauer, Potsdamer Straße 120, verwieſen, von dieſem an den Stadtſyndikus Selow und von dieſem dauernd auf ſpäter vertröſtet. Hundert vergebliche Wege und Werkſtunden ſind das ganze Reſultat. Das eine Mal ſoll das Reichswehrminiſterium, das andere Mal das Reichsfinanzminiſterium zahlen. „Und weil keiner wollte leiden, daß der andere für ihn zahlt, zahlte keiner von den beiden." Wenn bei der Auszahlung von ausgeſetzten Belohnungen in dieſer Weiſe verfahren wird, dann verfehlen derartige Auslobungen mehr und mehr ihren Zweck.

Die ehrenamtliche Tätigkeit in der Jugendfürſorge. In Ausführung des von den ſtädtiſchen Körperſchaften Neuköllns beſchloſſenen Planes über den Ausbau des ſtädtiſchen Jugendamts ſind ehrenamtliche Kräfte aus weiten Kreiſen der Bevölkerung, insbeſondere aus der Arbeiterſchaft, der Lehrerſchaft und den ſchon bisher mit dieſer Tätigkeit befaßten Organiſationen, für die Arbeit in der Jugendgerichtshilfe und allgemeinen Jugendfürſorge herangezogen worden. In dankenswerter Weiſe hat ſich eine erhebliche Anzahl von Männern und Frauen dem Jugendamt zur Verfügung geſtellt. Dieſe Perſonen, die hauptſächlich damit betraut werden, in Einzelfällen Feſtſtellungen in den Familien der Fürſorgebedürftigen vorzunehmen, Schutzaufſichten zu führen und auch ſonſt auf Grund eigener Beobachtung das Jugendamt auf beſtehende Mißſtände hinzuweiſen, ſind im Beſitz von Legitimationskarten, die mit Stempeldruck verſehen ſind und die Unterſchrift des Direktors des Jugendamtes tragen. Alle Bevölkerungskreiſe werden dringend gebeten, dieſen ehrenamtlichen Helfern und Helferinnen in Ausübung ihrer ſehr ſchweren Arbeit für die gefährdete Jugend die weitgehendſte Unterſtützung angedeihen zu laſſen.

Nowawes. Gemeindevertretung. Ueber die Feſtſetzung einer Dienſtanweiſung für den Kommunalarzt referierte Genoſſe Fleckmann. Es ſoll eine Neuorganiſation der ganzen Wohlfahrtspflege ſtattfinden. Dem Kommunalarzt iſt als Hauptteil das Geſundheitsamt unterſtellt, wozu die Säuglingspflege, der Kinderhort, das Alters- und Kinderheim ſowie die Tuberkuloſeſtelle gehören. Eine Geſchäftsanweiſung für die Verwaltung des Alters- und Kinderheims fand nicht die Zuſtimmung der Fraktion der U.S.P., da ſie infolge ihrer Spaltung an der Mitarbeit in der Kommiſſion verhindert war. Auch für die Schulpflegerin lag eine Dienſtanweiſung vor. Alle drei Vorlagen wurden gegen die Stimmen der U.S.P. (rechts) angenommen. Die Gehaltsſätze der Gemeindeangeſtellten wurden um 150 bis 200 M. monatlich erhöht. — Auf Antrag der Erwerbsloſen wurde beſchloſſen, an zuſtändiger Stelle für Weiterzahlung der Unterſtützungsſätze nach Teuerungsklaſſe A vorſtellig zu werden. — Die Verteilung verbilligter Lebensmittel ſoll auch auf diejenigen Minderbemittelten ausgedehnt werden, die nach dem 1. Juli 1920 noch ihrer Steuerzahlpflicht nachgekommen ſind. — Ein Geſuch des Haus- und Grundbeſitzervereins um Beſetzung des Mieteinigungsamts mit 4 Beiſitzern anſtatt 2 wurde abgelehnt. — Um die Benutzung der Turnhalle für die Kartoffelverſorgung zu vermeiden, ſoll ein Teil der angekauften Baracke aufgeſtellt werden. — Ab 1. April 1921 wird von der Gemeinde für die Telephonnachtverbindung eine Garantieſumme von 18 000 Mark verlangt. Im Intereſſe der Einwohner ſoll die Einrichtung beibehalten werden, da ſonſt die Dienſtbereitſchaft um 9 Uhr abends aufhört. Da die Gemeinde nur die Differenz zu bezahlen hat, iſt zu wünſchen, daß reichlich von dieſer Einrichtung Gebrauch gemacht wird.

•

Eine Weihnachtsbeſcherung der Waiſenkinder verſtorbener und gefallener Gewerkſchaftsgenoſſen findet am 18. Dezember, nachmittags 5 Uhr, im Reſtaurant Turnhalle, Auguſtſtraße, ſtatt. Die Gewerkſchaftsmitglieder ſind hierzu eingeladen. Die Frauen, welche hierzu noch Marken abzuholen haben, werden erſucht, noch im Laufe dieſer Woche dieſelben beim Gen. Dürre, Lindenſtr. 88, in Empfang zu nehmen, da ſie ſonſt nicht berückſichtigt werden können.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 9. Dezember:

11. Abt. Heute abend 7½ Uhr Neuwahl des Konſum-Genoſſenſchaftsrats der 54. Verkaufsſtelle in der Schulaula Görlitzer Str. 51.

Jungſozialiſtiſche Vereinigung. Ortsgruppe Hermsdorf. 7½ Uhr im Landhaus Neunzig, Neue Bismarckſtr. 41. Vortrag des Gen. Redakteur Lepère: Das Erfurter Programm.

Vorträge, Vereine und Verſammlungen.

Bund der Konfeſſionsloſen. Sonnabend, den 10. Dezember, abds. 7½ Uhr, öffentliche Verſammlung in der Sophienſchule, Weinmeiſterſtr. 16/17. Thema: Gegen Gott und Religion, Kirche und Chriſtlichkeit. Redner: Dr. Landé, Petersdorf, Dr. Zepler. — **Zentralverband der Arbeitsinvaliden Deutſchlands.** Bezirk Geſundbrunnen (Norden II). Sonntag, den 12. Dezember, vorm. 10 Uhr, Mitgliederverſammlung im Lokal von Schurzmann, Stettiner Str. 11. Gäſte willkommen.

Sport.

Schachturnier. Der geſtrige Tag war ausſchließlich den abgebrochenen Partien gewidmet. Sie endeten mit remis. Von den Hängepartien Bogoljulow-Maroczy und Mieſes-
Schachturnier. Der geſtrige Tag war ausſchließlich den ab-
Leonhardt war das auch allgemein erwartet. Zweifelhafter war die Abbruchſtellung der Partie Breyer-Sämiſch, die eine verhältnismäßig ſeltene Schlußkonſtellation bot, ein Läufer und zwei Bauern gegen vier Bauern. Aber auch da war das Endergebnis ein remis. Am ſchwierigſten war die Hängepartie Leonhardt-Mieſes, die nach langem Hin und Her ebenfalls remis endete.

Gewerkſchaftsbewegung

Zentrale Lohnregelung in der Holzinduſtrie.

Bei der Lohnbewegung in der deutſchen Holzinduſtrie muß unterſchieden werden zwiſchen der Bewegung zur Erneuerung der Tarifverträge und der Lohnforderung. Der **Reichstarifvertrag für das deutſche Holzgewerbe** iſt vom Arbeitgeber-Schutzverband zum Ablauf auf den 15. Februar 1921 gekündigt worden. Auf den gleichen Termin wurden auch von einigen anderen Unternehmerorganiſationen die mit ihnen abgeſchloſſenen Verträge gekündigt. Verhandlungen wegen Erneuerung der Tarifverträge haben bisher nicht ſtattgefunden.

Unabhängig von dem Vertragsablauf hat aber eine am 6. November abgehaltene Städtekonferenz des Deutſchen Holzarbeiterverbandes beſchloſſen, **Lohnforderungen** an die Unternehmer zu ſtellen. Hierüber hat erſtmalig am 27. November in Leipzig eine Ausſprache zwiſchen den beiderſeitigen Zentralvorſtänden ſtattgefunden, in welcher ſich die Unternehmer darauf beſchränkten, den Beſchluß ihrer Generalverſammlung zu erläutern, der dahin ging, daß ſie „aus wirtſchaftlichen und geſchäftlichen Gründen" zurzeit eine Teuerungszulage nicht gewähren können. Sie mußten aber ſchließlich anerkennen, daß die Arbeiter auf Grund des Tarifvertrages **berechtigt** ſind, Lohnforderungen zu ſtellen und daß der Vertrag die Unternehmer verpflichtet, über dieſe Forderungen zu **verhandeln**. Dieſe Verhandlung fand denn am 7. Dezember in Berlin ſtatt, führte jedoch zu keinem Ergebnis, weil die Unternehmer auf der **Ablehnung jeden Zugeſtändniſſes** beharrten.

Nunmehr griff das **Reichsarbeitsminiſterium** ein, das entſprechend einer Beſtimmung des Vertrages von dem Stand der Dinge unterrichtet worden war. Am 8. Dezember wurden die Verhandlungen unter dem Vorſitz des Regierungsrats **Weigert** wieder aufgenommen. Das Ergebnis der Verhandlungen war der folgende **Vorſchlag des Unparteiiſchen**, dem von den Parteien zugeſtimmt wurde:

> Alle Arbeiter und Arbeiterinnen erhalten auf die beſtehenden Löhne **ab 13. Dezember 1920 eine Lohnzulage von 10 Prozent**. Für Arbeiter und Arbeiterinnen unter 22 Jahren beträgt dieſe Zulage 5 Prozent. Um die gleichen Beträge erhöhen ſich die vertraglichen Durchſchnitts- und Mindeſtlöhne. Dieſe Lohnerhöhung findet auf die beſtehenden Akkordpreiſe ſinngemäße Anwendung.

Die beiderſeitigen Vertreter verpflichteten ſich, ihren Mitgliedern die Annahme dieſes Vorſchlags zu empfehlen und dem Reichsarbeitsminiſterium bis zum 18. Dezember über die Annahme Mitteilung zu machen.

Es kann damit gerechnet werden, daß dieſer Vorſchlag, obwohl keine Partei damit recht zufrieden iſt, Annahme findet. In dieſem Fall gilt er auch für **Berlin**. Hier liegen die Dinge etwas eigenartig, da die Unternehmer die große Arbeitsloſigkeit gern als Anlaß benutzen möchten, **um die Löhne abzubauen**. Die Berliner Unternehmer des Holzgewerbes werden zurzeit von dem Tiſchlermeiſter **Paeth** exerziert, der ein ſchneidiges Kommando führt. Sein Drill hat zwar ſchon viel Unzufriedenheit erregt, aber noch hören die Tiſchlermeiſter auf den Befehl ihres Korporals. Bezeichnend iſt, daß Herr Paeth an den zentralen Verhandlungen nicht teilnahm, obwohl er von der Generalverſammlung des Arbeitgeber-Schutzverbandes für das deutſche Holzgewerbe in die Verhandlungskommiſſion gewählt worden war. Ob das Fehlen eines Berliner Vertreters durch wirkliche Krankheit verurſacht oder von der Abſicht diktiert war, die Hände für Sonderexerzitien frei zu halten, wird die nächſte Zukunft zeigen.

Der Buchdruckerſtreik in Düſſeldorf.

Der am 19. November ausgebrochene Buchdruckerausſtand dauert fort. Nach einer telegraphiſchen Meldung beſtehen die Gehilfen auf ihrer außertariflichen Forderung von 60 M., während die Arbeitgeber an den in Berlin und Köln vereinbarten neuen Teuerungszulagen feſthalten. Die Arbeiterſchaft ſucht die von den Buchdruckereibeſitzern ſeit Beginn des Ausſtandes unter dem Titel „Vereinigte Düſſeldorfer Zeitungen" herausgegebene Notzeitung am Erſcheinen zu verhindern; der Betrieb der „Düſſeldorfer Nachrichten", in dem die Zeitung hergeſtellt wird, iſt täglich von einer Menge ausſtändiger Arbeiter belagert. Polizeimannſchaften halten zum Schutze der **arbeitenden Buchdruckereibeſitzer** das Gebäude beſetzt.

Verhandlungen über den Reichstarif der Bankbeamten.

Am geſtrigen Mittwoch begannen die Verhandlungen über die Verlängerung des Reichstarifvertragsverhältniſſes im Bankgewerbe. Für die Arbeitgeber wurden in das Schiedsgericht die Herren Dr. **Mosler** von der Diskonto-Geſellſchaft, Direktor **Koſterlitz** von der Kommerzbank, Leipzig, Direktor **Bendix** vom Barmer Bankverein, Köln, ſowie Hofrat **Schreyer** von der Bayeriſchen Hypothekenbank, München, gewählt. Die Arbeitnehmer waren durch die Herren **Perret**-München, **Anklam**-Berlin, **Teichmann**-Berlin und **Henke**-Berlin vom Allgemeinen Verband der Bankangeſtellten und vom Deutſchen Bankbeamtenverein vertreten. Das Unparteiiſchen-Kollegium ſetzt ſich aus den Herren Miniſterialrat Dr. **Sitzler** als Vorſitzenden, Münzdirektor Dr. **Bickert** und Miniſterialrat Dr. **Brahms** zuſammen. Für den Deutſchen Bankbeamtenverein ſprachen Fürſtenberg und Becker-Frankfurt a. M., für den Allgemeinen Verband Marx, Emonts, ſowie verſchiedene Betriebsräte aus Berlin und dem Reich. Der Reichsverband der Bankleitungen war durch Verbandsdirektor Dr. Hanf vertreten. Die Verhandlungen zogen ſich bis in die ſpäten Abendſtunden hin. Es kam teilweiſe zu ſehr lebhaften Auseinanderſetzungen zwiſchen den Parteien, die ſich hauptſächlich um die Frage der Gruppierung der gewerblichen und kaufmänniſchen Angeſtellten, ſowie um die Gehaltsforderungen drehten. Eine Einigung zwiſchen den ſtark auseinanderſtrebenden Parteien war nicht zu erzielen, ſo daß das Schiedsgericht vorausſichtlich zu einem Spruch kommen dürfte.

Vertreterverſammlung der Bühnenangehörigen.

In der Fortſetzung der Debatte am Mittwoch ſprach zunächſt Frau **Ilm** vom Verwaltungsrat. Gleich zu Beginn ihrer Ausführungen wurde die Verſammlung ſehr erregt. Ein Zwiſchenruf hetzte den anderen, ſo daß der Vorſitzende mehrere Ordnungsrufe, beſonders gegen Dr. **Czempin**, erteilte. Die Ausführungen der Frau Ilm fanden vorzeitigen Abbruch dadurch, daß der **Hamburger Verband unter Proteſt den Saal verließ**. Später berichtete der Oberſpielleiter des Aachener Stadttheaters, **Neuburger**, über ſeinen Konflikt mit dem dortigen Direktor Adolfi, wobei er zunächſt die Unterſtützung der Bühnengenoſſenſchaft gefunden habe, dann aber jämmerlich im Stiche gelaſſen worden ſei (Entrüſtungsrufe.) Präſident **Rickelt** verteidigte ſich gegen dieſe ſcharfen Angriffe und trug ſeinerſeits den ganzen Fall noch einmal vor. Die Ausführungen Rickelts wurden durch äußerſt temperamentvolle Zwiſchenrufe dauernd unterbrochen, wodurch die Erregung der Verſammlung immer höher ſtieg. Man ſah in dem Vorgehen Neuburgers eine Kampagne zum Sturze Rickelts. Zuletzt war die Aufregung ſo angewachſen, daß eine Unterbrechung auf zehn Minuten eintreten mußte.

Darauf wurde ein Dringlichkeitsantrag eingebracht, die Schauſpieler in den gefährdeten Theatern Oberſchleſiens materiell ſicherzuſtellen. Präſident **Rickelt** gab dazu die Erklärung, daß von privater Seite hinreichend Mittel zur Verfügung geſtellt ſeien, um die Auszahlung der Schauſpielergagen bis Jahresende ſicherzuſtellen. Zwei Vertreter aus Oberſchleſien begründen den Antrag, der darauf einſtimmig angenommen wurde.

Gegen 7 Uhr abends trat man wieder in die Diskuſſion zu Punkt 1 der Tagesordnung (Tätigkeitsbericht des Verwaltungsrates) ein und vertagte dann um ½8 Uhr die Fortſetzung der Verſammlung auf nachts 11½ Uhr.

Der Portierſtreik in den Geſchäfts- und Induſtriehäuſern beendet. Am 6. d. M. fand eine Verſammlung der in den Geſchäfts- und Induſtriehäuſern tätigen Portiers, Fahrſtuhlführer und Heizer ſtatt, in der nach einem Bericht des Kollegen Schmahl über den Streik einſtimmig beſchloſſen wurde, den Streik als für beendet zu erklären. Sämtliche Diskuſſionsredner erkannten die Tätigkeit der Streikleitung an und die Verſammlung ſprach einſtimmig der Branchenleitung ihr Vertrauen aus. Branchenleiter **Koſinſki** machte zum Schluß noch darauf aufmerkſam, daß uns noch ſchwere Kämpfe bevorſtehen, da die jetzige Lohnerhöhung nicht Schritt halte mit der Preisſteigerung der Lebensmittel.

Weitere Erfolge im Streik der Darmarbeiter. Zu dieſer Notiz in Nr. 605 teilt uns die Firma **Jakubowſki** mit, daß die Anerkennung der Organiſation der Arbeitnehmer **nicht das Streitobjekt** bildet, vielmehr hat ſie wohl als erſte der Branche bereits am 27. Mai 1919 einen **Tarifvertrag** mit dem Zentralverband der Fleiſcher abgeſchloſſen und bis zum 1. Dezember 1920 in **ununterbrochenem Tarifverhältnis** geſtanden. Außerdem hat ein Mitinhaber der Firma ſich fortgeſetzt ſchriftlich und mündlich mit den anderen Firmen der Branche **für den Abſchluß von Tarifverträgen mit dem Verbande** eingeſetzt. Da der letzte Vertrag wenige Wochen nach ſeinem Abſchluß durch die Forderung einer Wirtſchaftsbeihilfe illuſoriſch gemacht wurde, außerdem der Verband auch nicht verhindern konnte, daß ſeine Mitglieder am 30. November früh, während der Dauer des laufenden Tarifvertrages und **unter Nichtbeachtung des in dieſem vorgeſehenen Schlichtungsweges**, in den Streik traten, beſteht der „ganz hartnäckige Standpunkt" der Firma darin, daß ſie den künftigen Vertrag, **der inhaltlich mit dem des Verbandes übereinſtimmt**, zuſammen mit dem Betriebsrat als Vertreter ihrer Arbeiterſchaft unterzeichnen will.

Wir müſſen der Firma Jakubowſki die Verantwortung für die uns unter Berufung auf § 11 des Preßgeſetzes überſandte Berichtigung überlaſſen.

Zentralverband der Angeſtellten. Funktionärverſammlung aller Fachgruppen heute abend 7 Uhr im Lehrervereinshaus, Alexanderſtr. 40/41.

Gewerkſchaftskartell Nowawes. Montag, den 13. Dezember d. J., abends 8 Uhr, Sitzung des Gewerkſchaftskartells bei Himke.

Aus aller Welt.

Deutſcher, Pole oder Franzoſe?

Der beſondere Gerichtshof der Interalliierten Kommiſſion in Oppeln verhandelte Dienstag gegen einen Angeſtellten des Lomnitz-Hotels, den Bureaugehilfen **Muſchalla** aus Roßberg, der im Plebiſzitkommiſſariat beſchäftigt iſt. Dieſer erklärte, daß er gute Beziehungen zu den franzöſiſchen Soldaten angeknüpft habe. Nach ſeiner Ausſage ſind alle Mitglieder des polniſchen Plebiſzitkommiſſariats mit den franzöſiſchen Soldaten gut bekannt. Muſchalla hatte ſich vor einigen Tagen, angeblich betrunken, in die **Moltke-Kaſerne** begeben und ſich von einem Jäger des 24. Bataillons Mantel, Wickelgamaſchen, Seitengewehr und Käppi geben laſſen. Auf dem Bahnhof fiel es einem Abſtimmungspoliziſten auf, daß dieſer angebliche Franzoſe nur **deutſch** und **polniſch** ſprach. Hierauf wurde er verhaftet. Auf die Frage des Vorſitzenden, warum er ſich betrunken habe, ſagte er, daß man im Lomnitz-Hotel **genug Geld verdiene**. Das Gericht verurteilte ihn wegen unbefugten Uniform- und Waffentragens zu vier Monaten Gefängnis.

Amerikaniſche Soldaten ſammeln für deutſche Kinder. Die in Koblenz erſcheinende amerikaniſche Zeitung „Amaroc" richtete an die amerikaniſchen Soldaten einen Aufruf, zur Linderung der Not der deutſchen Kinder beizutragen. Die meiſten Soldaten erklärten ſich bereit, über 100 M. geben zu wollen, ſo daß mit einem Ergebnis von mehr als 1¼ Millionen Mark gerechnet werden kann. Von dem Erlös der Sammlung iſt eine **Weihnachtsbeſcherung** bedürftiger Kinder im amerikaniſch beſetzten Gebiet in Ausſicht genommen, die, falls die Mittel ausreichen, auch **über dieſes Gebiet hinaus** ausgedehnt werden ſoll. Während ſich die ehemaligen Feinde unſerer Kinder annehmen, praſſen und ſchwelgen deutſche Schieber und Wucherer tapfer weiter.

Um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen. Der amerikaniſche Chemie-General **Fries** hat bekanntgegeben, daß die Unterſuchung über die Verwendung giftiger Gaſe für militäriſche Zwecke weitergeht. Es ſei gelungen, ein **noch fürchterlicheres** Gas herzuſtellen als die gefährlichſten im Kriege verwendeten. Man ſucht jetzt nach **der** Gasmaske, die die Soldaten gegen die Wirkung ſchützen ſoll. Das Gas kann als Preßgas oder zu einem feſten Stoff verdichtet in kleinen Behältern mitgeführt werden.

Verantw. für den redakt. Teil: Dr. Werner Peiſer, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanſtalt Paul Singer u. Co., Berlin, Lindenſtr. 3.

Stoffe
für Herren-Anzüge, Ulſter, Paletots, Damen-Koſtüme.
Meter 50.—, 100.—, 150.—, 200.— Mark
Nur langjährige Verbindungen mit altbewährten Fabrikanten bürgen für preiswerte, gute Qualitäten
Koch & Seeland G. m. b. H.
Gegr. 1864. Gertraudtenſtr. 20-21. Gegr. 1868.

Jeder Eiſenbahner
der vorwärts ſtrebt und nach dem Grundſatz: „Freie Bahn dem Tüchtigen" ſich durch einſchlägige Fachliteratur fortbilden will
lieſt
zur Vervollkommnung ſeiner Berufskenntniſſe unſere konkurrenzloſe Fachzeitſchrift
Die Eiſenbahnfachſchule
Amtliches Organ
des Verbandes Deutſcher Eiſenbahnfachſchulen
und techniſche Zeitſchrift für alle Eiſenbahner.
Intereſſante Artikel. Lehrreiche Abhandlungen.
Aus dem Inhalt: Demokratiſierung im Eiſenbahnweſen. — Die Entwicklung der Siemens-Werke. — Neuerungen im Signalweſen. — Lokomotivkeſſel mit Ueberhitzer. — Waſſerſtandsanzeiger. — Elektriſches Schweißen in Eiſenbahnwerkſtätten. — Der Luftdruck, das Barometer. — Die Verwendung von flußeiſernen Lokomotiv-Feuerbüchſen. — Der Lokomotivkeſſel. — Die Telegraphie. — Elektriſche Schnellbahnen — und vieles andere mehr.
Bezugspreis direkt vom Verlag unter Kreuzband Mark 5.— pro Vierteljahr, durch die Poſt bezogen Mark 4.— zuzüglich Mark 0,30 Beſtellgeld.
Verlangen Sie koſtenlos Probenummern.
Für Vereine billiger. Für Vereine billiger.
Anerkannt vorzügl., wirkungsvolles Inſertionsorgan.
Inſerate in der „Eiſenbahnfachſchule" haben den größten Erfolg, die Leſerſchaft ſetzt ſich nachweisbar aus den Eiſenbahnbehörden, ſowie ca. 30 000 Hörern der Eiſenbahnfachſchulen zuſammen. An über 100 Schulen im ganzen Reiche verbreitet. — Man verlange Offerte.
Verlag A. Wesemann, Berlin SW., Königgrätzer Straße 104.
Tel. [illegible] 4015. Poſtſch. Berlin 38475. Keine Dimanis

Weihnachts-Anzeigen
im „Vorwärts" werden mit Aufmerkſamkeit geleſen und beim Einkauf
ganz beſonders beachtet!

Verkäufe

Haben einen großen Poſten Herren-Ulſter engros aber auch einzeln an Privat andern zu ſpottbilligen Preiſen abzugeben. Zentral-Leihhaus, Moritzſtr. 71, Ecke Kommandantenſtraße. 1078*

Einen neuen Kählich 250.—, einen getragenen Paletot 150.— zu verkaufen. Schre, Seelowerſtraße 16 v. III. †13

Pelzgarnituren! [illegible]füchſe 110, Nerzfüchſe 125, Zobelfüchſe 150 Mark, elegante Kreuzfüchſe, Silberfüchſe ſowie alle anderen Pelzarten, alles neu, [illegible], im ſtaunenerregend ſpottbilligen Sommerpreiſen. Leihhaus Warſchauerſtraße 7.

Eleganter Winterpaletot, ſchlanke Mittelfigur, billig. Neukölln, Reinickendorf-Oſt, Reſidenzſtraße 100. †13

Rieſen-Weihnachtsverkauf begonnen! Staunenerregend herabgeſetzte Spottpreiſe! Kreuzfüchſe! 200.—! Alaskafüchſe! 150.—! Silberfüchſe! Blaufüchſe! Zobelfüchſe! Uhrenverkauf! Goldwarenlager! Silbertaſchen! (Keine Verſatzware.) Sonntags geöffnet! Pfandleihhaus Schönhauſer Allee 115 (Ringbahnhof-Hochbahnhof). *

Pelzwaren jetzt ganz bedeutend billiger, nur Gelegenheitskäufe. Kreuzfüchſe, jetzt 75 Mark. Damenpelzkragen, Fuchsform, jetzt 68 Mark. Herrenpelzkragen, jetzt 98 Mark. Damenpelzmäntel, Pelzhüte, Pelzbeſätze und alle anderen Pelzwaren, jetzt fabelhaft billig. Spezial-Pelzwarenhaus Charlottenburg, Wilmersdorferſtraße 113/114, hochparterre. Ununterbrochen geöffnet von 9—7 Uhr.

Wegner-Leihhaus Potsdamer Straße 42. Brillanten, Ringe, Uhren, Ketten, Ohrringe, Nadeln, Kolliers, Armbänder, Silberſachen, Silberbeſtecke, Golddoſen, Silberdoſen, Silberbeſtecke, vieles andere jetzt bedeutend unter Preis. 109

Kreuzfüchſe 250.—, [illegible]füchſe, Zobelfüchſe und alle anderen Pelzarten jetzt zur Hälfte herabgeſetzt. Boſton Pelzkragen, Muffen 35.—, Taſchenuhren, Schmuckſachen, paſſende Weihnachtsgeſchenke, bekannt billigen Preiſen. (Keine Lombardware.) Leihhaus Roſenthaler Tor, Linienſtraße 203/4, Ecke Roſenthalerſtraße, nur 1 Treppe. 1778*

Herrenulſter, Herrenpaletots, Herrenanzüge, Friedensſtoffe, Hälfte herabgeſetzt. (Keine Lombardware.) Leihhaus Roſenthaler Tor, Linienſtraße 203/4, Ecke Roſenthalerſtraße. 1772*

Puppenwagen, [illegible], billigſt. [illegible], [illegible]hagenerſtr. 136. 1995D

Pelzwaren bei bequemer Zahlweiſe abzugeben. Bei Barzahlung 10 Prozent Nachlaß. Kriegsanleihe wird in Zahlung genommen. Pelzwaren-Fabrik Kallis, Tile-Wardenberg-Straße 11, nahe Stadtbhf. Tiergarten. Telephon: Moabit 7622/23. *

Gardinen-Gelegenheitskäufe. Billiger als im Laden. Ab Montag, den 29. November, beginnt im Gardinenhaus Ziner, Köpenickerſtraße 101, zweite Etage, der große Weihnachtsverkauf. Wir offerieren: Gardinen, einfachbreit, Meter 7,50, 9,50, 15 bis 20 Mark, doppelbreite 16,50, 19,50, 24,50 bis 35.—. Dreiteilig Tüllgardinen 75.—, 100.— bis 150.—, Künſtlergardinen in vornehmer Ausſtattung 118.—, 175.—, 200.—, 250.— bis 350.—. Bettdecken, zweibettig, Tüll 100.—, Erbstüll 175.— aufwärts. Hochelegante Stores, Leinengardinen, Madrasgardinen, zu Engrospreiſen. Jeder Käufer erhält als Weihnachtsgeſchenk einen Extrarabatt von 3 Proz. Verbindung: Stadtbahn Jannowitzbrücke, Untergrundbahn Inſelbrücke, Straßenbahn Brückenſtraße - Neanderſtraße, Ecke Köpenickerſtraße. Mittwoch, den 15. Dezember, nachmittags geſchloſſen. 1982*

Damenplüſchmäntel 95.00, prima 165.00, allerbeſte Qualitäten 250.00, hochelegante, hellfarbige, buntfarbige Modellmäntel, direkt Werkſtatt. Große Auswahl ſtaunenerregend billig. Altmann, Roſenthalerſtraße 44, III. Hackeſcher Markt. 1968*

Gardinen, Stores, Portieren, Tiſchdecken, Bettdecken ſowie Möbel verkauft billigſt. Teilzahlung geſtattet. Roſenblatt, Kaſtanienallee 19-20. 45/19

Tapeten, Wachstuche, [illegible] verkauft [illegible], Koloniestraße 8. 1990D

Kreuzfüchſe 300.—, Alaskafüchſe, Blaufüchſe, Zobelfüchſe, Silberfüchſe, ſowie ſämtliche Pelzwaren jetzt im Preiſe herabgeſetzt. Sonderangebot Damen-Pelzmäntel, Damen-Garderobe, Herren-Gehpelze, Herren-Sportpelze, Wagenpelze. — Zu ſtaunend billigen Cutaways, Paletots (keine Lombardwaren). Bekannt billige Preiſe im Leihhaus Moritzplatz 58a (größtes derartiges Spezialhaus Berlins.) *

Hurra, der billige Mann iſt da. Jackettanzüge, Gehrockanzüge, Cutawayanzüge, Paletots, Raglanulſter, Hoſen in allen Größen und Preislagen verkauft Monath, Stallſchreiberſtraße 1[illegible]. 45/19

Geſchäftsverkäufe

Geſchäfte aller Branchen verkauft ſchnellſtens Goldrath u. Co., Friedrichſtraße 113a. Norden 9201. 141R

Möbel

Metallbetten 45, Chaiſelongues 125, Kinderbettſtellen, weiße Schlafzimmer. Weiß, Auguſtſtr. 32a, Quergebäude.

Schlafzimmer, Wohnzimmer, Speiſezimmer, Herrenzimmer, Küchen, Umbauten, Sofas, Ruhebetten, Einzelmöbel. Petersburgerſtr. 41. Zahlungserleichterung. 1808*

Nußbaum-Spiegelſchrank, Waſchkommode, Nachttiſche, engl. Bettſtellen, geſchnitzter Kleiderſchrank, [illegible], Sofaumbau, [illegible], Ausziehtiſch, Stühle, Schreibtiſch, Schreibſeſſel, Kücheneinrichtung, ſehr billig. Möbelhaus [illegible], Kaſtanienallee 56 (am Weinbergsweg).

Chaiſelongues 300 bis 575, [illegible]. Auflagematratzen, Patentmatratzen 140. Walter, Stargarderſtraße 18. *

Küchen, modern, mit und ohne Anrichte, lackiert, laſiert, roh, [illegible] Mark ab. Rieſenauswahl. Küchenmöbelfabrik Himmel, Lothringerſtraße 22, Schönhauſertor. R*

Speiſezimmer, Eiche, wundervolle erſtklaſſige Ausſtattung, Büfett, oben rund vorgebaut mit Kriſtallſcheiben, 6 echten Rindlederſtühlen, 4 Auszugtiſch, Anrichte. Außerordentlich billiger Gelegenheitskauf. Berliner Möbelinduſtrie, Elſaſſerſtraße 30.

Am billigſten kauft man Speiſe-, Herren-, ſowie Schlafzimmer in allen Größen. Ständig beſondere Gelegenheitskäufe von in Zahlung genommenen Möbeln. Berliner Möbelinduſtrie, nur Elſaſſerſtraße 30, Oranienburger Tor. 1 15*

Klubgarnituren von 1850 M. an, einzelne Seſſel 415 M., Ruhebetten, Sofas, Kochmöbel erſtaunlich preiswert. Schriftliche Garantie, Zahlungserleichterung. Reiche u. Knüllner, Landsberger Allee 20 (10 Min. vom Alexanderplatz). 1189

Küchen von 475.— an in verſchiedenen Ausführungen, beſte Verarbeitung, mit ſchriftlicher Garantie. Zahlungserleichterung in jeder gewünſchten Weiſe. Reiche u. Knüllner, Landsberger Allee 20, zehn Minuten vom Alexanderplatz.

Schlafzimmer, Eiche, weiß, creme, in verſchiedenſten Größen und Preislagen, außergewöhnlich billig. Schriftliche unbegrenzte Garantie. Zahlungserleichterung in jeder gewünſchten Weiſe. Bettſtellen, engl. u. modern, Waſchkommoden in jeder Ausführung. Reiche u. Knüllner, Landsberger Allee 20 (10 Min. v. Alexanderplatz).

Markel-Gaebel, Marienſtraße 38, Fabrikgebäude. Bedeutende Preisermäßigung in nußbaum Wohnzimmern, einfachen und eleganten eichenen Schlafzimmern, Speiſezimmern, Herrenzimmern, Küchenmöbeln, Sofas, Ruhebetten. Beſichtigung erbeten. 178R

Muſikinſtrumente

„Adam's" größtes Spezialhaus für gebrauchte Pianos, Flügel, Harmoniums, Bechſtein, Blüthner und andere erſte Firmen. Eigene Werkſtatt, freie Lieferung. Adam, Münzſtr. 18, Unter den Linden 17/18.

Pianos, Gelegenheiten, billig. Dittmar, Große Frankfurterſtraße 44. 45/3

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Inſtrumente. Scherer, Chauſſeeſtraße 10[illegible].

Piano-Kaufgelegenheit, preiswerte gebrauchte, 4500 an. J. Wiesner, Dirckſenſtraße 30, Alexanderplatz. 1018

Rabenſtein, Pianos, Flügel, Harmoniums, Gelegenheitskäufe, Stimmungen, Reparaturen, Münzſtraße 10. 1208*

Billige Pianos und Uebungsinſtrumente in niedrigſter Preislage. [illegible] Werkſtatt, Mühlſtraße 85. Saitenſpinnerei, Reparaturen und Stimmen. *

Konzertpianos 7500.—, Klavier [illegible] 3500.—, Salonflügel 8500.—, Harmonium mit Spielapparat 3800.—, kleines 1450.—, verkauft Berger, Oranienſtraße 186. 1842*

Fahrräder

Fahrradverkauf. Linienſtraße 13. 45/14

Kaufgeſuche

Pianos, gebrauchte, gegen Preisangabe kauft Becker, Andreasſtraße 47 II. Königſtadt 1849. 1316*

Piſtolen, Mauſer, Walter u. a. kauft Kirſtein, Linienſtraße 56. 111R

Platin, über Tagespreis, Brennſtifte, Platinkontakte, Gold, Silber in Bruch, auch in Barren, Queckſilber, Zahngebiſſe kauft zu den höchſten Preiſen Adolf Friedländer, Kommandantenſtraße 29 I. Treppe.

Schallplatten, Walzen, alte, kauft [illegible], [illegible]ſtraße 148 (Halleſches Tor). *

Silberſchmelze Chriſtionat, Köpenickerſtr. 20a (gegenüber Manteuffelſtraße) kauft Zahngebiſſe, Platinabfälle, Schmuckſachen, Glühſtrumpfaſche, Queckſilber, ſämtliche Metalle. 1428

Klavier ſucht dringend [illegible] 1134. 45/18

[illegible], Jagdgewehr kauft [illegible], Linienſtraße 131 IV. 45/17

Schreibmaſchinen, auch reparaturbedürftige, dringend gekauft. Krauth, Steglitz, Mittelſtraße 1. Fernruf Steglitz 2304.

Schrank kauft Hartmann, Lückeſtraße 38 III. 2018D

Unterricht

Schwediſch [illegible] Mark pro Stunde. [illegible], Wilhelmſtraße 4. 2015D

Verſchiedenes

Diskrete Entbindung, Unterſuchung. Hebamme [illegible], Warſchauer Straße 1. 1913

Eheſachen! Strafſachen! Erfolgreiches Spezialbureau! Neukölln, Berliner Straße 102 (Hermannplatz). 1808

Welcher Beamte hätte kein Intereſſe am Beſoldungsgeſetz? Die Steinkopfſche Schrift „Was muß der Beamte vom Beamtenbeſoldungsgeſetz wiſſen?" klärt über alles auf. (2,40 M.) Buchhandl. Vorwärts, Lindenſtraße 3.

Vertrauensvolle Unterſuchungen, Arzt zur Stelle. Hebamme Hildesheim, Lothringerſtraße 34/35. 1168*

Damen, Auskunft, Unterſuchung, diskret allen Fällen, erfahrene Schweſter, Hebamme Neubert, Kurfürſtenſtr. 162. *

Vertrauensvolle Auskunft (diskret), Penſionsnahme, Hebamme [illegible], Bernauerſtr. 76.

Eheſcheidungen, Verteidigung in Strafſachen, Gnadengeſuche, Erledigung [illegible], Rechtsbüro, Brunnenſtraße 17 (Ecke Invalidenſtr.).

Rechtsbureau erledigt erfolgreich billig alle Sachen. Müllerſtraße 144, Ecke Oudenarderſtraße.

Wer eine Exiſtenz ſucht, wende ſich an Horat, Blumenſtraße 29. Koſtenloſe Beratung und Nachweis von rentablen Geſchäften, Unternehmungen, Beteiligungen, Grundſtücken. 2026D

Arbeitsmarkt

Stellengeſuche

Beſchäftigung für Bei- oder Nachmittag im Kontor oder Außendienſt geſucht. Angebote H. 16, Hauptexpedition „Vorwärts". 2664

Stellenangebote

Botenfrauen ſtellt ein Prinzenſtraße 81, Hof rechts, hochparterre, Wallſtr. 9, Wilhelmshavenerſtr. 48, [illegible]ſtraße 7, [illegible]ſtraße 42, [illegible]platz 14/15, [illegible]ſtraße 4, Petersburgerplatz 4, Immanuelkirchſtraße 24, Charlottenburg, [illegible]ſtraße 1, Charlottenburg, Kaiſerdamm 101, Wilmersdorf, [illegible]ſtr. 19, Schöneberg, [illegible]ſtraße 27, Steglitz, Schildhornſtraße 12. 717

Lehrmädchen geſucht. Deutſche Tapiſſeriefabrik, Hausvogteiplatz 6/7. 461